

Freisinn FDP

AZB
3001 Bern

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51
FDP im Internet: www.http://www.fdp.ch
E-Mail: gs@fdp-prd.ch
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

SP-ZIEL Verstaatlichung der Krankenkassen

Die Schweiz wird sozialer

Bundesrätin Dreifuss macht mit ihrer unsäglichen Politik des gemachten Versprechens wider besseres Wissen - diesmal im Bereich der Krankenversicherungen - weiter, ihre Parteigeneralsekretärin lobt das klassenkämpferische Vokabular, kurz: diese Partei ist für vernünftige Bürgerinnen und Bürger nicht wählbar.

der Krankenversicherung. Sie wehrt sich mit Händen und Füssen gegen eine Erhöhung des Selbstbehaltes, der ein Mittel wäre, um die dauernden Prämien erhöhungen zu brechen. Aber die Parteilinie der SP liegt anders: Bereits ist eine Initiative in Vorbereitung, welche die Finanzierung der Krankenversicherung via Mehrwertsteuerprozente vorschlägt. Von da ist der Weg bis zur definitiven Verstaatlichung der Versicherungen nur noch ein kurzer.

Les extrêmes se touchent

«Ohne meinen Segen geht gar nichts» gibt die Innenministerin zum Thema der Franchiseerhöhung zu Protokoll. Die Parlamentarier wundern sich: Was sind das für Sprüche, notabene aus dem Mund einer Politikerin, die sich gerne volksnah gibt und der SP angehört. Der letzte, der solcherart

Missmut gegenüber dem Parlament kundtat, war ein allseits bekannter Zürcher SVP-Nationalrat, der angesichts der Idee einer Jubiläumsstiftung aussagte: «Das Parlament habe ich abgeschrieben.» Erstaunlich, aber wahr: Les extrêmes se touchent. Beiden ist die demokratische direkt legitimierte Parlamentsmehrheit ein Greuel.

Wer redet da von Sozialabbau? Die Schweiz wird sozialer

Vor befreundeten Bevölkerungsteilen - zum Beispiel vor Gewerkschaften in Basel am 1. Mai - spricht die Ministerin des Versprechens eine deutliche Sprache: Ein Sozialabbau komme nicht in Frage. Recht hat sie, nur will das ja auch gar niemand. Ein Blick auf die Zahlen offenbart jedoch, was dringlich ist. Ein Stopp des Ausbaus des Sozialstaates! Es ist in höchstem Masse unredlich, dauernd von drohendem Sozialabbau zu sprechen, wo doch die Sozialausgaben des Bundes allein von 1980 bis 1996 von 3,6 auf 12,7 Milliarden Franken und der Anteil der Sozialausgaben an der Bundesrechnung von rund 20 auf 29 Prozent zugenommen haben. Die Schweiz wird sozialer. Nur die Linke will das noch nicht wahrhaben.

GUIDO SCHOMMER,
PRESSECHIEF
FDP SCHWEIZ



Frau Dreifuss versucht krampfhaft, die Unwahrheiten ihres offenen Briefes aus dem Jahre 1994 zu relativieren und legt dabei bereits den Grundstein für den nächsten verhängnisvollen Schritt: Die Verstaatlichung

Die sechs wichtigsten Aufgaben

Aufgaben	1980		1996	
	Mio. Fr.	Anteil %	Mio. Fr.	Anteil %
Gesamtausgaben	17 816	100,0	43 840	100,0
Soziale Wohlfahrt	3 622	20,4	12 732	29,1
Verkehr	2 728	15,3	6 333	14,5
Landesverteidigung	3 620	20,3	5 580	12,7
Landwirtschaft/Ernährung	1 639	9,2	3 953	9,0
Bildung/Grundlagenforschung	1 372	7,7	3 124	7,1
Beziehung zum Ausland	674	3,8	2 066	4,7
Total	13 655	76,7	33 788	77,1

FDP SCHWEIZ

Inhalt

- Die Abstimmungen vom 8. Juni 1997: Stellungnahme der Bundesräte Delamuraz und Villiger ab Seite **5**
- Die Einladung zur FDP-Sporttagung am 27. September in Magglingen entnehmen Sie Seite **8**
- Einen Text von Otto Steiger zur Schweiz im Zweiten Weltkrieg lesen Sie ab Seite **10**
- Die Resultate der Tagung zur Berufsbildung finden Sie auf Seite **15**



Zunehmende Ideologisierung der Parteispitze

Ein anderer Schauplatz: Angesprochen auf die Erfolge des Erneuerers der Englischen Labour Party, Tony Blair, gibt die SP-Generalsekretärin Barbara Haering Binder zu Protokoll: «Die SPS ist viele Schritte von New Labour entfernt; und sie wird im Unterschied zu Blair immer eine Portion klassenkämpferische Parolen im Vokabular behalten.» Eigentlich haben wir's schon lange ge-

wusst, jetzt bestätigt sie selbst den Sachverhalt: Die SPS ist alles andere als eine Reformpartei; Und endlich Abschied nehmen vom marxistisch-leninistischen Wortgebrauch will sie auch nicht. «Zunehmende Ideologisierung der Parteispitze» werden - leider - auch zukünftig Zwischentitel im «Freisinn» heissen müssen. Um so mehr, wenn Ursula Koch die Nachfolge von Peter Bodenmann an der SP-Parteispitze antreten würde.

Parolen

An ihrer ordentlichen Delegiertenversammlung in Locarno hat die FDP der Schweiz folgende Abstimmungsparolen für den 8. Juni beschlossen:

«EU-Beitritts-Verhandlungen vors Volk!»

NEIN

«Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr»

NEIN

Der Delegiertenrat beschloss folgende Parole:

Aufhebung des Pulverregals

JA

HERRN DR.
FRANZ GEORG MAIER
DIR. SCHM. LANDESBIBL.
HALLMYLSTRASSE 15
3003 BERN
50-62800001
226

Schweiz am USA-Pranger?

Die Auseinandersetzung um die neutrale Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg scheint zum politischen Dauerbrenner zu werden und zwingt uns zur Vergangenheitsbewältigung in einer Zeit, die dringende Zukunftsprobleme zur Lösung anbietet. Bisher haben uns

vor allem die jüdischen Organisationen an der amerikanischen Ostküste und in Israel herausgefordert, doch mit dem Bericht des Unterstaatssekretärs Eizenstat gerät unser Land auch ins Kreuzfeuer der Regierungsadministration von Präsident Clinton.

FDP-NATIONALRAT
ERNST MÜHLEMANN,
ERMATINGEN (TG)

Der Eizenstat-Rapport beschäftigt sich mit der Rolle aller neutralen Staaten im Zweiten Weltkrieg und kann daher nicht als direkte Einmischung in die internen Angelegenheiten der Schweiz bezeichnet werden. Hauptzielscheibe ist aber trotzdem die Schweiz, der ungefähr die Hälfte des Berichtes gewidmet ist und der Teil, in welchem die scharfe Kritik erscheint.

Vorwort von Eizenstat fragwürdig

Man kann den eigentlichen Bericht der amerikanischen Experten als objektive Darstellung akzeptieren und unsere Fehlleistungen im Bereich der Flüchtlingspolitik, des Goldhandels und der herrenlosen Vermögen bejahen. Sehr viel fragwürdiger erscheint das Vorwort des Unterstaatssekretärs Eizenstat, der gleichsam im Namen der amerikanischen Regierung lobt und kritisiert. Es ist erfreulich, dass dabei die schweizerischen Gesten zur Lösung der Holocaust-Probleme als vorbildlich eingestuft wurden. Man anerkennt den Einsatz der Untersuchungskommission Volcker und Bergier, die Schaffung des Fonds für Naziopfer durch die Wirtschaft, die Errichtung einer Stiftung für humanitäre

Zwecke und die private Sammlung für Holocaust-Überlebende.

Hingegen verstimmt uns der Rapporteur dort, wo er in einseitiger und unfairer Weise die schweizerische Politik im Zweiten Weltkrieg kritisch wertet. Die Vorwürfe der Kriegsverlängerung, der Tätigkeit als Hitlers Hausbank und der unmoralischen Neutralitätshaltung müssen entschieden zurückgewiesen werden. Die unbeweisbare Spekulation der Verlängerung des Krieges verliert an Glaubwürdigkeit, wenn man weiss, dass der schweizerische Anteil an den deutschen Kriegskosten lediglich 0,3 Prozent betrug. Kriegswichtige Metalle und Waffenbestandteile kamen nur zum kleinsten Teil aus der Schweiz. Zugegebenermassen brauchte man dabei für die Bezahlung auch schweizerische Devisen, die man über den Goldhandel beschaffte. Nein, der Krieg wurde in Moskau und Washington entschieden, und wer weiss, vielleicht wäre er eher zu Ende gegangen, wenn man die Invasion in der Normandie ein Jahr früher begonnen hätte.

Durch Kriegslage bedingtes Beziehungsnetz

Die umzingelte Schweiz konnte nur überleben, indem sie mit Nazi-Deutschland Handel trieb. Es war dabei unumgänglich, dass die völ-



FDP-Nationalrat Ernst Mühle- mann: «Mit dem Bericht des Unterstaatssekretärs Eizenstat gerät unser Land auch ins Kreuzfeuer der Regierungsadministration von Präsident Clinton.» (Photo rufli)

lige Einkreisung, etwa nach der Besetzung Italiens und der Schliessung des Hafens von Genua, zu einer Konzentration der ökonomischen Beziehungen mit Deutschland führte. In dieses durch die Kriegslage bedingte Beziehungsnetz waren auch die Banken eingeschlossen und hatten besonders heikle Geschäfte abzuwickeln. Indes schien dabei der Goldhandel der Nationalbank nicht über alle Zweifel erhaben, und auch die Geschäftsbanken dürften sich an den herrenlosen Vermögen bereichert haben. Es ist Aufgabe der beiden Untersuchungskommissionen, hier die Wahrheit zu finden, so dass Vorverurteilungen unverantwortlich sind. Im besonderen ist die simplifizierende Feststellung, die Schweiz sei die Hausbank Hitlers gewesen, einseitig

und unpräzise. So wurden in allen Ländern, auch bei den Banken der Vereinigten Staaten, Fluchtgelder angenommen, und das Gold der Deutschen Reichsbank fand besonders willige Abnehmer in Stockholm.

Es war schon immer schwierig, die schweizerische Neutralitätspolitik zu verstehen, denn sie ist die jahrhundertlang erprobte Waffe eines Kleinstaates, der ohne politische, militärische und wirtschaftliche Kraft im Kampf gegen Grossmächte in schlauer Weise überleben muss. Hätte man nach der Schlacht von Stalingrad diese strikte Neutralität aufgegeben, wäre man unweigerlich ein Opfer der Hitlerischen Rache geworden. So überfiel die deutsche Wehrmacht das befreundete Ungarn, um die Abwehrfront im Balkan zu verstärken. Eine erfolgreiche Neutralitätspolitik kann kein situatives Hin und Her sein, sondern muss sich durch konsequente Stetigkeit auszeichnen.

Klartext gegenüber den USA

Das aussenpolitische Verhältnis der befreundeten Nationen USA und Schweiz ist durch das Vorwort des Eizenstat-Berichtes in eine kritische Phase geraten. Da die Amerikaner nur eine deutliche Sprache verstehen, muss der Bundesrat jetzt Klartext reden und folgendes feststellen:

1. Die Vorwürfe der Kriegsverlängerung, der Tätigkeit als Hitlers Hausbank und der unmoralischen Neutralitätspolitik werden entschieden zurückgewiesen.

ZUM THEMA

Hingegen verstimmt uns der Rapporteur dort, wo er in einseitiger und unfairer Weise die schweizerische Politik im Zweiten Weltkrieg kritisch wertet.

Hätte man nach der Schlacht von Stalingrad diese strikte Neutralität aufgegeben, wäre man unweigerlich ein Opfer der Hitlerischen Rache geworden.

Wir dürfen nicht in Gelassenheit Dinge hinnehmen, die man scheinbar nicht ändern kann. Nein, wir müssen mit Mut agieren, damit wir endlich aus der frustrierenden Phase der defensiven Politik herauskommen.

2. Neuverhandlungen über das Washingtoner Abkommen von 1946 wegen Raubgold und herrenloser Vermögen werden abgelehnt, da damals weder Grundlagenirrtum noch Täuschung vorlagen.

3. Neue Massnahmen werden erst erwogen, wenn die Ergebnisse von Volcker- und Bergier-Kommission vorliegen.

Der Bundesrat muss dabei durch die Aussenpolitische Kommission des Parlamentes tatkräftig unterstützt werden. Es gilt jetzt, die leider nicht vorhandenen Verbindungen im amerikanischen Kongress aufzubauen und dort politische Freunde zu suchen. Wir dürfen nicht in Gelassenheit Dinge hinnehmen, die man scheinbar nicht ändern kann. Nein, wir müssen mit Mut agieren, damit wir endlich aus der frustrierenden Phase der defensiven Politik herauskommen.

IM GESPRÄCH  Hans-Rudolf Merz, neugewählter Ständerat Appenzell Ausserrhoden

«FDP ist stark dank liberaler Botschaft»

WELCHES IST IHR LEBENS-MOTTO?

Zuerst denken, dann handeln, denn: «gouverner, c'est prévoir».

WENN SIE IN DIE ZUKUNFT BLICKEN, WORAUF GRÜNDET SICH IHRE GRÖSSTE HOFFUNG?

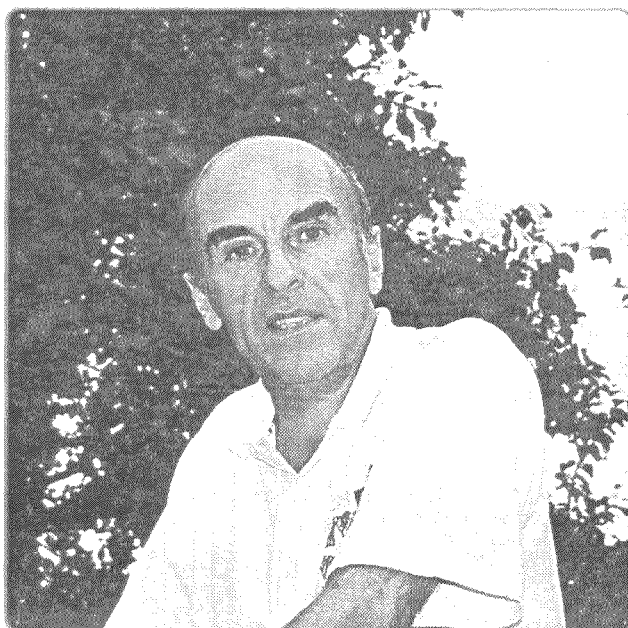
Auf die Macht des menschlichen Geistes und die Kraft des menschlichen Herzens.

WAS BEREITET IHNEN DIE GRÖSSTE SORGE?

Die Verheerungen durch Uneinsicht und Unvernunft.

WELCHE ERFINDUNG DER MENSCHHEIT HALTEN SIE FÜR DIE WICHTIGSTE, WELCHE FÜR DIE ENTBEHRLICHSTE?

An sich ist keine Erfindung im Gefolge von Rad und Draht entbehrlich, denn jede Innovation beinhaltet die Möglichkeit des Fortschritts.



Nachfolger von Otto Schoch: Der neugewählte FDP-Ständerat aus Appenzeller Ausserrhoden Hans Rudolf Merz.

WAS SOLLTE UNBEDINGT NOCH ERFUNDEN WERDEN?

Der Ersatz für den fossilen Verbrennungsmotor.

WAS LIEBEN SIE AN DER SCHWEIZ?

Die kulturelle, gesellschaftliche und topographische Vielfalt.

WAS MISSFÄLLT IHNEN IN UNSEREM LAND?

Nichts Fundamentales; doch oft fehlen uns Grosszügigkeit und Wagemut. Überdies vermisse ich manchmal ein Lächeln.

WOHIN FÜHRT EUROPAS ZUKUNFT?

Im besten Fall zu einem föderalistischen Vielvölkerstaat.

«MEHRHEITEN ZEMENTIEREN DAS BESTEHENDE, FORTSCHRITT IST NUR ÜBER DIE MINDERHEITEN MÖGLICH.» TRIFFT DIESE AUSSAGE ZU?

Teilweise ja. Fortschritt entsteht aber auch mehrheitsunabhängig und ungeplant, etwa über die Zerschlagung

von Bestehendem oder durch blossen Irrtum.

GESETZT, ES GÄBE EINEN NOBELPREIS FÜR POLITIKER, WEM WÜRDEN SIE IHN VERLEIHEN?

Margaret Thatcher.

WODURCH KANN EINE POLITIKERIN, EIN POLITIKER SIE ÜBERZEUGEN?

Durch die Wahrhaftigkeit der Person, durch Wissens- und Sozialkompetenz und am Ende durch schlüssiges Argumentieren.

WARUM SIND SIE BEI DER FDP?

Weil sie Eigenverantwortung, Freiheit und Toleranz fördert.

WAS IST DIE STÄRKE DER FDP, WO SIND IHRE SCHWÄCHEN?

Sie ist stark infolge ihrer liberalen Botschaft, schwach infolge ihrer liberalen Mentalität.

WAS SEHEN SIE ALS IHRE PERSÖNLICHE SCHWÄCHE AN, WAS ALS IHRE PERSÖNLICHE STÄRKE?

Ungeduld und Ungeduld, obschon: ich kann zuhören.

WENN SIE NOCH EINMAL WÄHLEN KÖNNTEN: WELCHEN BERUF WÜRDEN SIE HEUTE ERLERNEN?

Denselben, denn der erlernte Beruf ist nicht sehr entscheidend; vielmehr kommt es darauf an, sich im weiteren Umfeld des Berufes zu entwickeln und zu bewähren.

STICHWORTE

Was fällt Ihnen zu diesen Themen ein:

INTERNET: Lückenlose Datenversorgung

SOZIALSTAAT: Unbezahlbare Überversorgung

NEAT: Bahnspur zwischen Wurf und Albtraum

AGRAPOLITIK: Auf guten Wegen

VERFASSUNGSREVISION: Auf guten Wegen

PREISÜBERWACHER: Überflüssige Nachtwächterrolle

«ARENA»: Ritualisierter Meinungsbasar

WELCHEN FILM HABEN SIE KÜRZLICH ANGESCHAUT?

Shine.

WELCHE SCHWEIZERISCHE PERSÖNLICHKEIT MÖCHTEN SIE GERNE KENNENLERNEN UND WARUM?

Den Komponisten und Dirigenten Rolf Liebermann, weil ich Musik- und Opernliebhaber bin.

WAS MÖCHTEN SIE AM LIEBSTEN TUN KÖNNEN, WAS SIE NICHT KÖNNEN?

Eigentlich nichts.

WELCHEN WUNSCH MÖCHTEN SIE SICH NOCH ERFÜLLEN?

Noch viele, darunter eine Reise quer durch die Vereinigten Staaten von Amerika.

KURZBIOGRAPHIE

ZUR PERSON: Merz Hans-Rudolf, Dr. rer. publ. HSG, wohnhaft in Herisau, prot., verheiratet, 3 erwachsene Söhne; Unternehmensberater seit 1977.

ALTER: 54

BERUFLICHE STATIONEN: Assistent am HSG-Finanzinstitut; Ausbildungszentrum Wolfsberg; selbständiger Unternehmensberater für Kaderfragen (Europa, Nord- und Südamerika, Südafrika, Mittlerer Osten); diverse Verwaltungsratsmandate in Ostschweizer Unternehmen.

POLITISCHER WERDEGANG: Sekretär FDP Kanton St. Gallen (bis 1973); Präsident interim. Einwohnerrat Herisau (1975); seit 1975 keine politischen Ämter mehr.

LIEBSTE TÄTIGKEIT: Lesen von Belletristik und Fachliteratur sowie Zeitschriften.



Die Herausforderung der Neutralität

In seiner nun auch in deutscher Sprache zugänglichen Monographie untersucht Georges-André Chevallaz die Gründe, warum die Schweiz im Zweiten Weltkrieg vor der Bedrohung durch den deutschen Imperialismus und dessen nationalsozialistischer Ideologie ihre Neutralität erklärte. Gleichzeitig fragt er nach den Motiven, weshalb sich unser Land nicht mit anderen Demokratien verband, wie gerade Frankreich und England, die Deutschland die Stirn geboten hatten.

In facettenreicher und spannender Sprache geschrieben, leistet dieses Werk viel zum besseren Verständnis der Rolle der Schweiz in einer Zeit, deren

noch lange nicht restlos aufgedeckte Zusammenhänge gerade heute – einmal mehr – von höchster Brisanz sind. Altbundesrat Georges-André Chevallaz vergleicht als Historiker die Ergebnisse der bisherigen Archivforschung, kommentiert sie, fasst sie zusammen und zieht für die Schlussfolgerungen gedruckte Quellen heran.

Ungeachtet der militärischen Verteidigung bedurfte es im Zweiten Weltkrieg einer klugen und standhaften Diplomatie, um dem Land das wirtschaftliche Überleben zu sichern, ohne die Neutralität und die Vielfalt seiner Handelsbeziehungen zu gefährden. Bestanden wurde die Herausforderung der Neutralität durch die mi-

litärische Abschreckung einerseits und die Aufrechterhaltung diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu allen Staaten andererseits. Die Universalität der diplomatischen Beziehungen, die Vertretung und der Schutz von Interessen der am Krieg beteiligten Länder sicherten einen ständigen Kontakt zwischen den Kriegführenden und trugen – wenn auch nur bedingt – dazu bei, Wege zum Frieden zu suchen und dem Völkerrecht Geltung zu verschaffen.

Georges-André Chevallaz, «Die Herausforderung der Neutralität», Diplomatie und Verteidigung der Schweiz 1939–1945, Orell-Füssli-Verlag, Zürich 1997, 312 Seiten gebunden, Fr. 58.–/DM 78.–/öS 504.–. ISBN 3 280 02349 1.

Georges-André Chevallaz

DIE HERAUSFORDERUNG DER NEUTRALITÄT

Diplomatie und Verteidigung der Schweiz 1939–1945



Orell Füssli
Zeitgeschichte

SARB

Schweizerisches Arbeitsrecht

Droit suisse du travail
Diritto svizzero del lavoro

Rechtsprechung – Gesetzgebung
Jurisprudence – Législation
Giurisprudenza – Legislazione

Thomas Geiser, Adrian von Kaenel,
Pascal Mahon, Adrian Staehelin

Helbing & Lichtenhahn



Die neue Zeitschrift zum
Schweizerischen Arbeitsrecht

Neues Instrument fürs Arbeitsrecht

Gesetzgebung und Gerichtspraxis im Arbeitsrecht sind in raschem Wandel begriffen. Bisher fehlte ein Arbeitsinstrument, das nicht nur einen schnellen und sicheren Zugriff auf die Gesetzgebung ermöglicht, sondern auch die Gerichtspraxis kantonaler Gerichte und des Bundesgerichts erschliesst und Angaben zu den Gesamtarbeitsverträgen vermittelt. Die SARB bereitet die bis anhin unübersichtliche Fülle von Rechts- und Judikaturquellen in einer strukturierten, gut erschlossenen und effizient zugänglichen Sammlung auf.

Die SARB-Rechtsprechung erscheint in Einzelleistungen, die als Heft oder in Loseblattform verwendet werden können. Ein Sammelordner mit Re-

gistereinlage wird mitgeliefert. In der Rechtsprechung werden die wichtigsten Entscheide der eidgenössischen und kantonalen Instanzen, von Schiedsgerichten und – soweit für die schweizerische Rechtsanwendung relevant – des europäischen Gerichtshofes publiziert. Veröffentlicht werden insbesondere auch nicht zur Publikation in amtlichen Sammlungen vorgesehene Entscheide. Das Register wird jährlich um die neuen Entscheide ergänzt und vermittelt so einen raschen Zugriff auf alle Urteile.

Geplant ist die Lieferung von 4 bis 6 Heften pro Jahr. Es handelt sich dabei nicht um eine eigentliche Loseblattsammlung, welche ein aufwendiges Einordnen erfordert; lediglich das am Schluss jeden Jah-

res gelieferte Inhaltsverzeichnis sowie das Register sind separat einzuordnen. Die Form des Jahresordners wurde nur deshalb gewählt, um den Bindeaufwand für den Leser möglichst klein zu halten.

Die Herausgeber sind sich bewusst, dass die juristische Informationsflut für den Praktiker kaum mehr zu bewältigen ist. Gerade deshalb soll dem im juristischen Bereich Tätigen ein übersichtliches und gut erschlossenes Arbeitsinstrument zur Verfügung gestellt werden.

SARB-Rechtsprechung, Loseblattsammlung, 4–6 Hefte pro Jahr à ca. 96 Seiten, einschliesslich Ordner A5, Konkordanz- und Mehrjahresregister. Jahresabonnement zum Einführungspreis: Fr. 198.–/DM 228.–/öS 1664.–. Bestellnummer 22 10 97.

8. JUNI 1997 ↻ *Waffenexportverbot*

Kein Totalverbot von Kriegsmaterial-Export

Die Abstimmung über die Volksinitiative findet nicht im luftleeren Raum statt.

**FDP-BUNDESRAT
KASPAR VILLIGER**

Unsere Wirtschaft steht zurzeit vor grossen Herausforderungen. Seit einigen Jahren stagniert sie, ganz im Gegensatz zu derjenigen anderer OECD-Staaten. Die Zahl der Arbeitslosen steigt in beängstigendem Ausmass, und erstmals liegt unsere Arbeitslosenquote über derjenigen der USA. Im Jahr 1996 musste ein weiterer Konjunkturrückgang verkraftet werden. Nach den letzten Schätzungen ist das Bruttoinlandprodukt um 0,5% gesunken. Der private Konsum ist wegen der geringeren verfügbaren Einkommen kaum gestiegen.

Ebenfalls schwach blieb der öffentliche Konsum. Der Bausektor befindet sich immer noch in einer Krise. Hinzu kommt, dass sich die Wachstumsschwäche in Teilen Europas und die Wechselkursverhältnisse in der Vergangenheit negativ auf den Aussenhandel und den Fremdenverkehr auswirkten.

Unsicherheit macht sich breit

Unsicherheit macht sich in der schweizerischen Bevölkerung breit, und zwar nicht nur in den untersten Einkommensschichten. Selbst in dem für unser Land so wichtigen Mittelstand stellen sich die Bürgerinnen und Bürger Fragen über ihre Zukunft und die wirtschaft-



FDP-Bundesrat Kaspar Villiger: «Nicht einmal in unsere Nachbarstaaten könnten gewisse Güter problemlos geliefert werden, wenn sie sowohl militärisch als auch zivil nutzbar sind.»

lichen Aussichten für die Schweiz. Diese Situation ist für die meisten von uns neu.

Dass sich die Lage der öffentlichen Finanzen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten verschlechtert, verwundert nicht. Das Budgetdefizit stieg im vergangenen Jahr nach einer vorübergehenden Verbesserung erneut. Diese unerfreuliche Entwicklung ist in erster Linie auf Fiskaleinnahmen zurückzuführen, die unter den Erwartungen lagen. Zudem haben die höheren Kosten für die Arbeitslosenversicherung zu Buche geschlagen. Trotz starken Einschränkungen bei Budget und Finanzplan werden die Defizite auch in den kommenden Jahren ohne zusätzliche Massnahmen mindestens 7 bis 8 Milliarden

Franken jährlich betragen, im laufenden Jahr noch mehr. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diesen Zahlen optimistische Wachstumsannahmen zugrunde liegen. Sollten sich diese Annahmen nicht bewahrheiten, so würde jede Verminderung des Wachstums um einen Prozentpunkt das Defizit um weitere 500 Millionen Franken erhöhen, und zwar ohne Berücksichtigung der Arbeitslosenversicherung.

In dieses Umfeld hinein platzt nun die Initiative der Sozialdemokraten, über die am 8. Juni Volk und Stände abzustimmen haben werden.

Keine neuen Hürden aufrichten

Die Initianten verlangen ein Totalverbot der Kriegsma-

terialausfuhr. Ebenfalls tangiert sind zivile Güter, die auch militärisch verwendet werden können. Nicht einmal in unsere Nachbarstaaten könnten gewisse Güter problemlos geliefert werden, wenn sie sowohl militärisch als auch zivil nutzbar sind.

Eine Annahme der Initiative würde also nicht nur die Schweizer Rüstungsindustrie im engeren Sinn treffen, sondern auch andere Wirtschaftszweige. Die Maschinen- und Metallindustrie wäre betroffen, aber auch die Elektroindustrie oder die Chemie. Es handelt sich oft um Branchen, die zukunftsweisend hochtechnologische Produkte herstellen.

In der heutigen Zeit sind alle Anstrengungen darauf auszurichten, dass sich unser Land keine eigenen Hürden aufrichtet, die der internationalen Wettbewerbsfähigkeit schaden.

Konzept von Bundesrat und Parlament

Der Vollzug der Initiative ist sehr problematisch. So müssten Kontrollorgane der Schweiz im Ausland die Verwendung exportierter Güter kontrollieren.

Unbestritten bewegt sich die Rüstungsausfuhr im Spannungsfeld von Ethik und den Interessen von Wirtschaft und Aussenpolitik. Es gilt einen Interessenausgleich zu finden, der auch den Anliegen der Erhaltung von Arbeitsplätzen mit Rechnung trägt.

So haben Bundesrat und Parlament der Initiative ein Konzept gegenübergestellt, das die Abwägung der In-

ZUM THEMA

Unsicherheit macht sich in der schweizerischen Bevölkerung breit, und zwar nicht nur in den untersten Einkommensschichten.

Die Initianten verlangen ein Totalverbot der Kriegsmaterialausfuhr. Ebenfalls tangiert sind zivile Güter, die auch militärisch verwendet werden können.

Unser Land braucht eine Rüstungsindustrie. Sie ermöglicht die Beibehaltung einer gewissen Autonomie. Sie sichert Know-how. Aus all diesen Gründen ist die Initiative abzulehnen. Sie ist wirtschaftlich nicht akzeptabel, sicherheitspolitisch schädlich und moralisch-ethisch unnötig.

teressen ermöglicht. Das revidierte Kriegsmaterialgesetz und das neue Güterkontrollgesetz.

Exporte werden bewilligt, unterliegen aber strengen Auflagen. Das neue Güterkontrollgesetz erlaubt eine international abgestützte Exportkontrolle für zahlreiche von uns häufig ins Ausland gelieferten Güter wie Werkzeugmaschinen, Geräte der Telekommunikationstechnik oder auch chemische Stoffe.

Unser Land braucht eine Rüstungsindustrie. Sie ermöglicht die Beibehaltung einer gewissen Autonomie. Sie sichert Know-how. Aus all diesen Gründen ist die Initiative abzulehnen. Sie ist wirtschaftlich nicht akzeptabel, sicherheitspolitisch schädlich und moralisch-ethisch unnötig. ■

8. JUNI 1997 ◊ «EU-Beitritts-Verhandlungen vors Volk»

Nein zur Scheindemokratie

FDP-BUNDESRAT
JEAN-PASCAL
DELAMURAZ

Liebe Stimmbürgerinnen
und Stimmbürger

Am 8. Juni 1997 werden Sie sich zur Volksinitiative «EU-Beitritts-Verhandlungen vors Volk» zu äussern haben. Sie ist eine der drei Vorlagen, welche an diesem Sonntag zur Abstimmung kommen.

Diese Initiative ist ein gemeinsames Projekt der Schweizer Demokraten – vormals Nationale Aktion – und der Lega dei Ticinesi. Sie verlangt, dass die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union (EU) *im voraus* von Volk und Ständen abgesegnet werden muss.

Was für alle Verfassungsinitiativen gilt, gilt auch für diese, die uns hier vorliegt: Sie verdient unseren Respekt und unsere Aufmerksamkeit, denn sie

hat die Unterstützung von über 100 000 Bürgerinnen und Bürgern gefunden.

Wenn wir sie jedoch näher betrachten, erkennen wir zwei Hauptprobleme, welche die Initiative aufwirft:

Erstens:

Ist es notwendig, dass der Bundesrat von Volk und Ständen grünes Licht bekommt, bevor er Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union aufnimmt?

Die Initianten, bekannt für ihre Abneigung gegenüber unserem wichtigsten Partner, der Europäischen Union, wollen – ohne dies offen zu bekennen – das Volk dazu zwingen, a priori, ohne Kenntnis eines Vertrages oder eines Verhandlungsergebnisses, Ja oder Nein zum Beitritt zur Europäischen Union zu sagen.

Dies erinnert mich ein bisschen an ein junges Ehepaar, das heiraten soll ohne vorangehende Liebe. Das

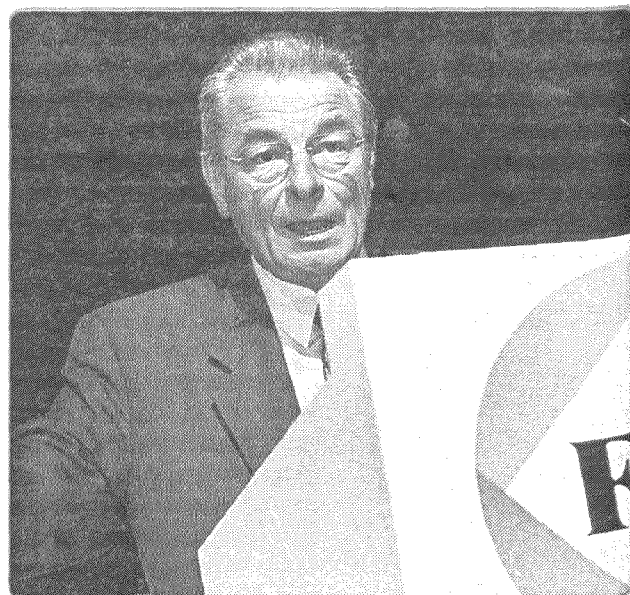
Herz kann durchaus seine Gründe haben, welche der Verstand nicht kennt, aber es gibt auch Grenzen. Etwas prosaischer ausgedrückt, wäre das wie die Unterschrift unter einen Kaufvertrag, ohne vorher im Laden die Qualität und die Beschaffenheit des Produktes gesehen und geprüft zu haben.

Zweitens:

Sollte die Bundesverfassung umgekrempelt werden, indem von Volk und Ständen verlangt wird, dass sie sich im voraus zu Verhandlungen äussern, deren Resultat ihnen in jedem Fall vorgelegt wird, wenn die Diskussionen erst einmal abgeschlossen sind?

Offensichtlich ist dies ein unnötiges Unterfangen, hat doch der Bundesrat keinerlei Anstrengungen in dieser Richtung unternommen.

Dies ist eine Grenze, die wir nicht überschreiten wollen. Eine Grenze, auf deren



Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz: «Die direkte Demokratie, Fundament unseres eidgenössischen Gleichgewichts, verbraucht sich, wenn sie im Leerlauf dreht.» (Photo ruti)

anderer Seite man riskiert, die Fundamente unserer direkten Demokratie zu zerstören. Die direkte Demokratie verlangt, dass wir uns zu konkreten Projekten und Argumenten äussern können.

Der Bundesrat, unterstützt durch den Nationalrat mit 174 gegen 10 Stimmen sowie durch den Ständerat mit 37 gegen 0 Stimmen, empfiehlt Ihnen die Verwerfung dieser Initiative.

Die direkte Demokratie, Fundament unseres eidgenössischen Gleichgewichts, verbraucht sich, wenn sie im Leerlauf dreht. Ihre Aufgabe ist es, die Bürgerinnen und Bürger vor eine echte Wahl zu stellen.

Es ist gerechtfertigt und notwendig, dass eine derart wichtige Frage wie ein Beitritt zur Europäischen Union von Volk und Ständen angenommen würde. Bundesrat und Parlament beurteilen jedoch zwei Abstimmungen zum gleichen Thema als unnötig und kostspielig.

Ja zu einer Demokratie auf der Grundlage von echten Fragen.

Nein zur Scheindemokratie.

Dies ist die Leitlinie des Bundesrates und einer sehr grossen Mehrheit des Parlaments.

In diesem Sinne laden wir Sie ein, am 8. Juni 1997 die Initiative mit dem Titel «EU-Beitritts-Verhandlungen vors Volk» abzulehnen.



Das Atomium, Wahrzeichen Brüssels, Standort des grössten Teils der Verwaltung der Europäischen Union (EU). (Photo keystone)

8. JUNI 1997  *Waffenexportverbot*

Nein zur Gefährdung des Standortes Schweiz

Das Parlament hat mit der Verschärfung des Kriegsmaterialgesetzes und dem Erlass des Güterkontrollgesetzes Ende 1996 eine griffige Gesetzgebung verwirklicht. Strenge Bewilligungspflichten für Herstellung, Handel und Vermittlung von Kriegsmaterial sind vorhanden. Beide Gesetze verhindern Kriegsgewinnergeschäfte und gewährleisten eine nachhaltige Unterbindung von Waffenexporten. Der Bundesrat kann ausserdem jederzeit Ausfuhrverbote für bestimmte Länder verhängen, um Beschlüssen der internationalen Gemeinschaft Nachachtung zu verschaffen.

FDP-NATIONALRAT
ERICH MÜLLER,
SEUZACH (ZH)

Gefährdung des Arbeitsplatzes Schweiz

Die Initiative ist derart extrem formuliert, dass sie für die gesamte Exportwirtschaft samt Zuliefer- und Dienstleistungsbetrieben radikale Folgen hätte. Die Schweiz verdient jeden zweiten Franken im Ausland. Bei einer Annahme dieser Vorlage droht attraktiven Schweizer Produkten aus verschiedensten Industriezweigen ein Exportverbot. Nicht nur die einheimische Wehrtechnik-Industrie ist praktisch dem Untergang geweiht.

Problematik Dual-use

Da sich die Absicht eines Erwerbers niemals schlüssig beweisen lässt, entsteht ein faktisches Ausfuhrverbot von Dual-use-Gütern, das heisst Güter, die vor allem im zivilen Bereich eingesetzt werden, aber auch für militärische Zwecke verwendet werden können. Tausende von Schweizer Exportprodukten sind so-

wohl für zivile als auch für militärische Zwecke verwendbar. Es ist völlig unklar, nach welchen Kriterien der Wille eines Erwerbers beurteilt wird. In dieser Willkür liegt das Problem der Industrie. Sie ist verunsichert und weiss nicht mehr genau, welche Produkte unter das Exportverbot fallen und welche nicht. Vielfach werden sie an Kunden im Ausland geliefert, ohne deren definitive Enddestination zu kennen.

Wird die Initiative angenommen, können hochwertige Produkte mit zivilem Charakter wie Chemikalien, feinmechanische Erzeugnisse der Uhrenindustrie, elektrische Anlagen, Werkzeugmaschinen u.a.m. nicht mehr ohne weiteres exportiert werden. Die Folgen auf den Arbeitsmarkt sind einschneidend. Allein die betroffenen Werkzeugmaschinenhersteller im Verein Schweizer Maschinen-Industrieller (VSM) beschäftigen ohne Zulieferer 12 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Rüstungssektor würden 5700 Arbeitsplätze verschwinden. Im Dual-use-Bereich dürfte ein erheblicher Teil der fast 68 000 Stellen mit-

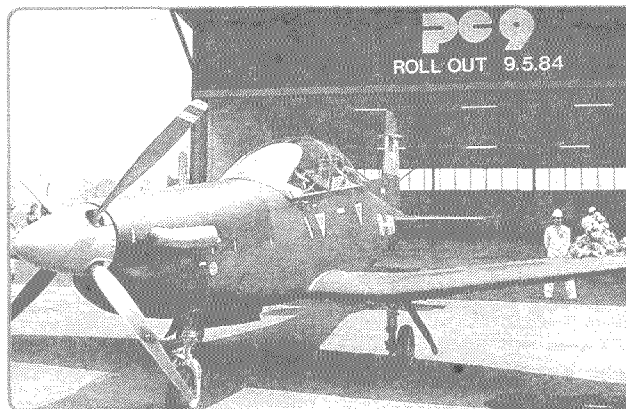
telbar oder unmittelbar gefährdet sein. Nimmt man die Zulieferer dazu, werden über 120 000 Stellen betroffen sein. Grosse Betriebe werden dort ihre Produkte herstellen, wo keine solchen Auflagen bestehen, und verlegen ihren Produktionsstandort ins Ausland. Damit wandern Arbeitsplätze aus der Schweiz ins Ausland ab.

Gefährdung des Forschungs- und Technologiestandortes Schweiz

Der Gewinn aus Technologiewissen aus den High-Tech-Bereichen ist be-

schwer Exporte müssten kontrolliert werden. Die Initiative räumt dem Staat ein, die «Friedensverträglichkeit» von technologischen Entwicklungen der Privatwirtschaft zu beurteilen. Voraussetzung für erfolgreiche Forschung ist ihre Geheimhaltung. Kann sie nicht mehr sichergestellt werden, verschlechtern sich die Rahmenbedingungen massiv. Forschungen würden verhindert und Arbeiten verzögert und verunmöglicht.

Auch hier wäre eine Abwanderung ins Ausland die logische Konsequenz.



Sie standen und stehen immer wieder im Mittelpunkt der Diskussion: die Flugzeuge des Typs PC-9. (Photo keystone)

trächtlich. Politische Kommissionen sollen Einblick in die Forschungstätigkeit der Unternehmen erhalten und entscheiden, ob Erfindungen mit dem Gesetz in Konflikt kommen können. Eine solche Forschungskontrolle führt zu unendlichen Diskussionen, denn so gut wie jede hochstehende Technologie weist Dual-use-Charakter auf und kann militärisch verwendet werden.

Weite, willkürlich definierbare Teile schweizeri-

Initiative verhindert keinen Krieg

Der Vorwurf, die Schweiz trage mit ihren Rüstungsexporten zum Unfrieden der Welt bei, ist unhaltbar. Der Anteil der Schweiz betrug in den letzten Jahren immer deutlich weniger als ein Prozent der weltweit gehandelten Waffen. Grossmehrerlich waren europäische Demokratien wie Deutschland Abnehmer schweizerischer Kriegsmaterialexporte. Nicht Waffen führen zum Krieg, sondern es ist

der Mensch selber, der Krieg führt. Die Selbstverteidigung einer staatlichen Gemeinschaft ist völkerrechtlich und ethisch unbestritten. Wer sich verteidigen darf, darf sich dazu die nötige Ausrüstung besorgen. Für unsere Landesverteidigung ist es von zentraler Bedeutung, sich auf die einheimische Industrie verlassen zu können.

Man kann nicht auf der einen Seite eine Kostensenkung der Armee fordern und auf der anderen Seite die Ausfuhr von Rüstungsprodukten verhindern. Eine Annahme der Initiative würde dazu führen, dass die Produktion für die eigene Armee über kurz oder lang zum Erliegen käme. Folglich müssten wir uns im Ausland mit Gütern versorgen, was fatale Abhängigkeiten zur Folge hätte.

Der ethisch korrekte Weg

Ethisch korrekt ist der vom verschärften Kriegsmaterialgesetz und vom Güterkontrollgesetz beschrittene Weg, die Ausfuhr zu kontrollieren und allenfalls in der konkret zu beurteilenden Situation zu verbieten. Insgesamt gibt es weder politisch noch ethisch ausreichende Gründe, unsere Industrie mit dieser Vorlage zu attackieren.

TAGUNG ○ FDP nach 1995 wieder in Magglingen

Sportpolitik fürs nächste Jahrhundert

Bereits für den Wahlauftakt im Jahre 1995 durfte die FDP der Schweiz in den Sportanlagen von Magglingen Gastrecht geniessen. Mit einem sehr farbigen Fest wurde dort die Schlussphase des Wahlkampfes eingeleitet. Gut zwei Jahre später nun kehrt die FDP zurück nach Magglingen, um in sportlicher Umgebung die Grundsätze ihrer Sportpolitik zu diskutieren. Am 27. September sind alle interessierten Freisinnigen aufgerufen, an dieser Tagung teilzunehmen.

GUS/BR. Welche Sportpolitik soll die FDP Anfang des nächsten Jahrhunderts umsetzen? Dies ist die Hauptfrage, welche die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der FDP-Sporttagung am Samstag, 27. September 1997, in Magglingen beantworten werden.

Freizeitanteil des Sports steigt

Seit dem beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung der 50er Jahre nimmt der Sport einen immer grösser werdenden Teil der Freizeit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ein. Jugend und Sport ist sehr aktiv und arbeitet auf breiter Ebene

mit den Sportvereinen zusammen. Der Frauensport hat eine beeindruckende Entwicklung hinter sich und steht dem Männersport in nichts mehr nach.

Auch private Unternehmungen haben durch Sponsoring dazu beigetragen, Sportveranstaltungen mit grosser medialer Beachtung zu schaffen. Auch dies hilft mit, den Breitensport attraktiver zu machen. Diese Entwicklung setzt sich fort.

Gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen

Sportpolitik muss heute nicht nur technische und wirtschaftliche Neuigkeiten

verarbeiten, sondern auch den wichtigen gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen. Sie muss die höhere Zahl älterer Menschen berücksichtigen, sie muss die Drogenproblematik einbeziehen, sie muss auf neue gesellschaftliche Einstellungen zur Leistungsbereitschaft reagieren. Ebenso muss Sportpolitik gewisse politische Erfordernisse unterstützen, so zum Beispiel die Reduktion der Gesundheitskosten.

Um diese Probleme zu diskutieren und zusammen die Zukunft der FDP-Sportpolitik vorzubereiten, lädt die FDP alle freisinnigen Sportinteressierten an diese Tagung ein.



Bilder des Wahlauftaktes 1995 «Fit für den Wahlkampf» in Magglingen: Bundesrat Kaspar Villiger übt sich mit FDP-Nationalrätin Trix Heberlein (ZH) im Gleichtritt ...



... und FDP-Nationalrat Claude Frey (NE) stellt seine Zugkraft sicher.

(Photos ruti)

Talon

JA, gerne melde ich mich an für die FDP-Sporttagung vom Samstag, 27. September 1997, in Magglingen.

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Talon einsenden an: FDP der Schweiz, Sportpolitik, Postfach 6136, 3001 Bern, oder faxen an: (031) 312 19 51.

KLAUSUR ○ Verbesserung der Zusammenarbeit

Saignelégier-Gipfel der JF-Präsidenten

Im angenehmen Rahmen der Jugendherberge von Saignelégier JU hat am 22./23. März das erste Klausur-Wochenende der JF-Kantonalpräsidenten zusammen mit dem schweizerischen Vorstand stattgefunden.

Tolle Atmosphäre, aber auch seriöse Diskussionen über Themen, Art und Ziele der gemeinsamen politischen Arbeit waren angesagt. Über die Verbesserung des Images von uns Jungfreisinnigen, die Steigerung des Einflusses in den FDP-Gremien und die Verbesserung der Zusammenarbeit

mit und zwischen den Kantonalsektionen wurde auch gesprochen.

Auch Geselliges kam nicht zu kurz

Die Ziele dieses interkantonalen Treffens waren vielfältig: Im Vordergrund standen sicher die Verbesserung des persönlichen Kontakts zwischen den Kantonalpräsidenten und der Informations- und Erfahrungsaustausch darüber, was und wie in den verschiedenen Kantonen politisiert wird. Wichtig war aber auch, einmal im inoffiziellen Rahmen über Politik, Jugendpolitik, Zukunft und Liberalismus reden zu können und die Festlegung einer gemeinsamen und besser koordinierten politischen Ausrichtung. Zur geselligen Seite kann ich nur sagen, dass nach der fast vierstün-

digen Diskussion und dem selbstgekochten Spaghettiessen (4kg) sowie dem Disco-Besuch die ersten um 3 Uhr morgens ins Bett kamen – die letzten gegen 6

Uhr (nach einem «kleinen» Umweg mit Frühstück in Neuenburg)...

*Davide Robbiani,
Präsident JF Schweiz*



Ici on parle fr... romand! Depuis la gauche Bernard Schürch (JR Genève), Yanick Felley et Sonia Métrailler.



Ein Teil der 4 kg Spaghetti! Von rechts nach links: Damien Cottier à moitié (président JR Neuchâtelois), Damian Meier (Präsident Jungliberale Partei Luzern), Katharina Bachmann (Vorstand JF Schweiz), Carl Duisberg (Vorstand JF Schweiz), Adrian Eberle (Präsident JF Zürich), Alexandre Dutulescu (Trésorier JR Suisse), Sonia Métrailler (Jeunesse radicale valaisanne).

Exklusive Ausbildungswoche

Bereits zum viertenmal findet dieses Jahr die Sommeruniversität der FDP/Jungfreisinnigen Schweiz in Neuenburg statt. Vom 18. bis zum 22. August 1997 arbeiten eidgenössische Parlamentarierinnen und Parlamentarier in Workshops mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu spezifischen politischen Sachgebieten.

Politikerinnen und Politiker und solche, die es werden möchten. Teilnehmen können junge Leute zwischen 18 und 30 Jahren, eine Parteimitgliedschaft ist nicht notwendig. Einzige Voraussetzung ist politisches Interesse an der Bundespolitik.

Zusätzlich bieten die Profis von der FDP Einführungen in den Umgang mit den elektronischen Medien und mit der gedruckten Presse. In Workshops mit Praxisbeispielen wird Wissen vermittelt, das für angehende Politikerinnen und Politiker von hohem Wert ist.

Das provisorische Programm (Stand 26. Mai 1997) sieht wie folgt aus:

MONTAG, 18. 8. 97

Generalsekretär der FDP
Blaise Roulet, secrétaire
romand der FDP Schweiz

Sozialpolitik:

SR Christine Beerli,
SR Françoise Saudan
Landwirtschaftspolitik:
NR Karl Tschuppert,
NR John Dupraz
Bundesrat Kaspar Villiger

DIENSTAG, 19. 8. 97

Geschichte der FDP:
Olivier Meuwly
10.00: François Couchevin,
Bundeskanzler
Öffentliche Finanzen:
NR Gerold Bühler,
NR Daniel Vogel
Organisation der FDP:
Mario Tavazzi, Blaise Roulet

MITTWOCH, 20. 8. 97

Bildungspolitik:
NR Christiane Langenberger,
NR François Loeb

Aussenpolitik:

NR Franz Steinegger,
NR Pascal Couchepin
Energiepolitik:
SR Erika Forster,
NR Jean-Nicolas Philipona

DONNERSTAG, 21. 8. 97

Einführung in die Praxis der elektronischen Medien:
Adolphe Ribordy,
Monique Pichonnaz Oggier

Sicherheitspolitik:

NR Oscar Fritschi,
SR Thierry Béguin
Verkehrspolitik:
NR Yves Christen,
NR Duri Bezzola

FREITAG, 22. 8. 97

Gedruckte Presse:
François Tissot-Daguette,
Guido Schommer

Provisorische Anmeldung

Ich melde mich hiermit provisorisch an für die 4. FDP/JF-Sommeruniversität vom 18. bis zum 22. August 1997. Die Kosten betragen ca. Fr. 250.- (Kost und Logis inbegriffen).

Name, Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Jahrgang: _____

Sprache: F D

Coupon bis 31. Juni 1997 einsenden an FDP Schweiz, Blaise Roulet, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51, E-Mail: gs@fdp-prd.ch

(Un)bewältigte Vergangenheit

Der Zürcher Schriftsteller Otto Steiger hat sich am 6. Mai 1997 in der Sendung «Memo» auf Radio DRS 1 zur Frage der Holocaust-Gelder und zum Umgang der Schweiz mit ihrer Vergangenheit geäußert. Der «Freisinn» veröffentlicht hier das Manuskript in Schweizerdeutsch.

OTTO STEIGER,
SCHRIFTSTELLER,
ZÜRICH

I muss leider gestah, i bi eine vo däne, wo der Zwöiti Wältkrieg als Erwachsene erläbt hei. Aber i cha da nüt derfür. Me het mi nie gfragt, ob überhaupt und wenn i well uf d Wält cho. Süsch hätt i gantwortet, lieber gar nid. Aber jitz isch nüt me z ändere. I ghöre jitz zu der Generation, wo im Krieg schinbar alles u no meh als alles falsch gmacht het. Drum hei mir offebar e ganz grossi Schand uf d Schwyz glade. Aber das isch halt erst hütt, also 60 Jahr später, richtig uscho. Drum ha i mi

früecher nie gschämt, aber jitz tu i mi ghörig schäme.

Mir si ja denn so blöd gsi, dass mir gmeint hei, mir heigis recht gmacht, dass mir nid si i Krieg zoge worde u trotz der Umklammerig vo de Achsemächt fast immer gnuog z ässe gha hei.

Erst im letzte Herbst u Winter bi i e chli ufgschreckt, wo in Amerika grossi jüdischi Organisation und o Privati üs vorgworfe hei, uf üsne Banke ligi immer no nachrichtelosi Vermöge, wo ganz gut eim vo ihrne Mitglieder chönnte ghöre. Und d SBB heigi sogar Goldbarre, wo di Dütsche i bsetzte Länder groubt

heige, i anderi Länder speidiert.

Dass denn Krieg isch gsi, dass Zäätusegi vo Mönsche umcho si, bevor die Dütsche überhaupt i däne Länder hei chönne Gold raube, das macht nid vil. Es isch ja Krieg gsi, seit me, da gits halt Toti. Aber Gold raube isch e Skandal, u dass d Schwyz villicht vo däm Gold i der Wält umespeidiert het, das isch o hütt, nach über 50 Jahr, überhaupt gar nid z entschuldige.

Wäge däne Vorwürf het der Bundesrat de sofort es paar Kommissionen gründet. Einere het er sogar der Name Task Force gä. Natürlich nume wäge de Amerikaner, dass die o nachöme u verstöh, mir wei alles wider guetmache.

Denn ha i immer no nid vil derbi gfunde. I ha dänkt, d Banke sölle halt das Gäld, wo ne nid ghört, umegä. Erst wo du üsi Medie cho si

– allne vora natürlich s Fernseh – u verkündet hei, di ganz Generation vo denn muss sich schäme, u wo sich d SBB o gschämt hei u di Lok, wo si hei welle goldig la umefahre, jitz rostig tüe vor d Wäge spanne, ha i mir gseit, jitz muss i mi eifach o schäme, das ghört sich.

Drum schäme i mi jitz vom Morge bis am Abe... I weiss zwar no nid, wie hoch der Betrag si wird, wo d Banke sölle zrugg gä, aber i ha dänkt, i fa eifach esmal a, dass i wenigstens no e Teil cha wägschäme. I bi ja nümmer der Jüngst, u i weiss nid, wie lang i no cha mitmache... Eine vo de ganz höche Amerikaner het ja im Jänner gseit, o we d Schwyz alles bis uf e letzt Dollar zahlt heig, gäbs doch kes «business as usual», also kes zrugg für üs i ds normale Läbe.

Bi mir chunnt ja de no öppis anders derzu, wo alls vil schlimmer macht u wo i, wens möglich wär, o grad wett wägschäme. I ghöre nid nume zu der «génération maudite», i ha im Krieg derzu no Militärdienst gmacht. Sicher tusig Dienstadt, dervo e Teil im Armeestab. Aber nid als Oberst, nume als Soldat.

U derzu hei mir de o no Angst gha. I ma mi erinere, wo i im 39 anfangs September am Morge z Bärn über d Kornhusbrugg zum Sammligsplatz vom Bataillon gloffe bi – i der Uniform, der Tornister am Rügge u ds Gwehr umghängt, da bi i nid nume e chli ufgregt gsi. I ha richtig Angst gha. I ha mir überleit, villicht hei üs ja di Dütsche hütt am Morge scho agriffe. De chöme mir grad a d Gränze u i ds Gfächt, u

ZUM THEMA

•••••
Mir si ja denn so blöd gsi, dass mir gmeint hei, mir heigis recht gmacht, dass mir nid si i Krieg zoge worde u trotz der Umklammerig vo de Achsemächt fast immer gnuog z ässe gha hei.

•••••
I ha dänkt, d Banke sölle halt das Gäld, wo ne nid ghört, umegä.

•••••
U am Namittag, wo mir hei müsse der Eid leisten, dass mir d Schwyz gäge jede Agryfer mit üsem Läbe tüege verteidige, da isch allne firlich zmut gsi. U wo mir grüeft hei: Ich schwöre es, hei's sicher alli ehrlich gmeint.

villicht bin i de hütt am Abe scho tot – oder ha es Bei ab.

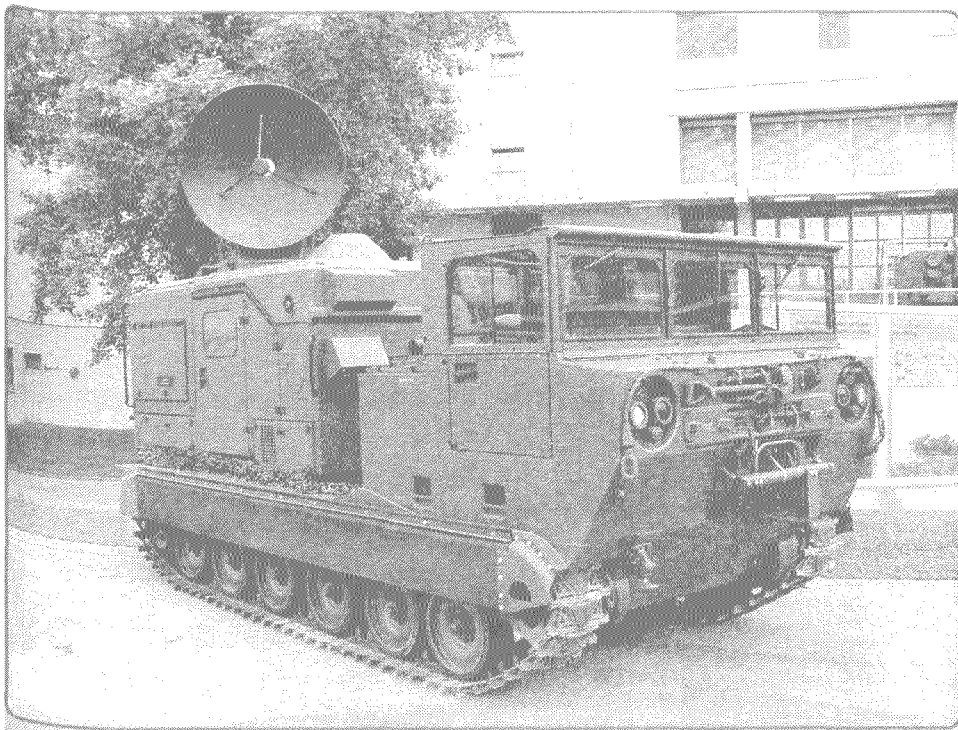
O uf em Sammligsplatz mit de andere Kamerade isch es nid besser gsi. Alli si stumm umegstande oder uf em Tornischer ghocket u hei groucht. U jede het sich wahrscheinlich überleit, was ächt die nächste Tag chönnti bringe.

Einisch isch a Mäldeyter im Galopp über d Matte uf e Oberst zugritte, wo absits vo der Truppe gstande isch. D Oberste stöh ja meistens e chli wäg vo der Truppe u tüe gän strategisch Plän überlege. Er het d Brülle agleit u die Mäldig ernst gläse. So ernst, dass er nid esmal ufgluet het, wo der Mäldeyter d Absatz zäme gschlage het, uf ds Ross gumpet u dervo gritte isch.

Wo i das gseh ha, ha i dänkt: So – jitz hei mir der



Im Zweiten Weltkrieg verfügte die Schweizer Bevölkerung noch kaum über geeignete Schutzmittel...



... und die Armee noch nicht über moderne und leistungsfähige geländegängige Fahrzeuge. (Photos keystone)

Dräck – jitz chöme mir o dra.

U am Namittag, wo mir hei müsse der Eid leiste, dass mir d Schwyz gäge jede Agryfer mit üsem Läbe tüege verteidige, da isch allne firlich zmut gsi. U wo mir grüeft hei: Ich schwöre es, heis sicher alli ehrlich meint. O di Blasierte, wo i derzu ghört ha.

Es isch halt eifach no e ganz anderi Zyt gsi, und s Volk isch no fasch gar nid uflklärt gsi. Mir hei ja nidesmal gwüsst, dass es d Schwyz gar nid git. Das isch ersch es paar Jahrzehnt später uscho, a der Weltusstellig in Spanie. Da hei die Verantwortliche vom Schweizerstand verkündet: Die Schweiz existiert nicht. E anderi Zyt äbe, u mir hei denn vil weniger kritisch Intellektuelli gha, wo üs hätte chönne uflkläre.

Mir fahre im Summer gären nach Frankrich i d Ferrie. Mir näme nid d Autobahn u chöme drum hüfig dür chlineri Ortschafte. U i jedem Ort steit a der Strass e grossi Tafel mit den Nämme vo dene, wo im Krieg gfallne si. U drüber i Goldschrift: mort pour la patrie. U mengisch, we mir so are

Tafel vorbi gfare si, ha i dankt, mir heige Glück gha, dass mir bi üs keni settegi Tafel hei müsse ufstelle. Aber vo jitz a isch es de anders. Wenn i so e Tafel gseh, halte ich a, stige us u schäme mi, wil mir si neutral blibe. Es wär äbe scho es ganz anders Feeling, we mir bi üs so settegi Tafel hätte. Aber di Dütsche hei üs nid agriffe, und drum hei mir nid chönne teilnäh am Krieg vo der Grächtigkeit gäge d Ungrächtigkeit. Aber d Grächtigkeit het ja o ohni üs gwunne, u drum gseht d Wält hütt so schön und fridlich us.

Di Dütsche hei alls, was mit ihrer Vergangeheit zämehanget, vil souveräner glöst als mir. We me vo der Kriegszyt redt, seit niemer, di Dütsche, sondern immer s Hitlerregime. Das isch öppis ganz anders. Es isch, wie wenn denn e grosse Heuschreckeschwarm sich hätt i Dütschland nidergla. U da hätt alls Böse gmacht. U wo da Schwarm im 45 isch vernichtet gsi, si di Dütsche lieb u suber gwätsche wider vüre cho. Aber da isch natürlich e Unterschied: Dütschland isch e wirtschaftlechi Gross-

macht, drum müsse sich die Dütsche nümme schäme u bruche o nüt ufzarbeite.

Mir natürlich de scho. Jitz redt me bi üs ja fasch nume no vom Ufarbeite. I würd da o mitmache, wenn ich mit em schäme de einisch fertig worde bi. Nume weiss i äbe nid genau, wi Ufarbeite eigentlich geit. Im letzte Winter ha i d Frau Stamm – d Presidäntin vom Nationalrat – am Fernseh gseh und ghört. Sie isch ja

die höchsti Schwyzerin, u si het sich furchtbar entsetzt über alls, wo denn bi üs gseh sig. U si het dütlich gseit, o we mir alls zrüg zahlte heige, müessi mir immer d Vergangeheit ufarbeite. Also öppe s gliche, wo d Amerikaner vorhär o gseit hei.

Aber das isch ja gsi, bevor üse Usseminister nach Amerika gfloge isch u sich bi allne, wo hei welle zuloose, entschuldiget het u derzu no der tiefer Sinn vo der Stiftung vo 7 Milliarde erchlärt het.

U jitz isch kürzlich ja d Frau Stamm mit ere Parlamentarier-Delegation nach Pole gfloge u het in Auschwitz e Kranz niedergleit u wis der Bruch isch, e chli a der Schleife zupft. Das het sicher überall Achtig u Anerkennig gfunde. U mi hets natürlich bsunders gfreut. I ha mir gseit, jitz darf ich sicher mit em Schäme gli ufhöre u bruche villicht mit em Uferarbeite gar nümme azfah.

Es ist lächerlich, wenn der älteren Generation vorgeworfen wird, dass sie während des Krieges so gelebt hat, wie sie den Umständen entsprechend leben musste.

Mit gleichem Recht kann man in 50 Jahren den

ZUM THEMA

U mengisch, we mir so are Tafel vorbi gfare si, ha i dankt, mir heige Glück gha, dass mir bi üs keni settegi Tafel hei müsse ufstelle.

Aber da isch natürlich e Unterschied: Dütschland isch e wirtschaftlechi Grossmacht, drum müsse sich die Dütsche nümme schäme u bruche o nüt ufzarbeite.

I ha mir gseit, jitz darf ich sicher mit em Schäme gli ufhöre u bruche villicht mit em Uferarbeite gar nümme azfah.

heute Zwanzigjährigen vorwerfen, dass auch sie so leben, wie sie eben leben müssen, und es beispielsweise nicht verhindern, dass gegenwärtig in Afrika Hunderttausende verhungern oder ermordet werden.

Für uns ging es damals ums Überleben, heute geht es in Afrika um Öl, Erz und Geldgier.

Wir zügeln und bekommen neue Anschlüsse

Das Generalsekretariat der FDP Schweiz und die Redaktion des «Freisinns» erhalten auf Anfang Juli 1997 nicht nur einen neuen Generalsekretär, Johannes Matyassy, sondern gleich auch noch eine neue Adresse und einen neuen Telecom-Anschluss.

Wir sind unter folgender Adresse zu erreichen:

FDP der Schweiz
Neuengasse 20
Postfach 6136
3001 Bern
Telefon (031) 320 35 35
Fax (031) 320 35 00

Wir bitten Sie um Verständnis, wenn in der Umzugswoche vom 30. Juni bis 4. Juli 1997 unsere Leistungsfähigkeit etwas eingeschränkt ist.

FDP-Foulard

Das neue Foulard ist weiterhin erhältlich. Wie die bisherigen besteht es aus 100 Prozent reiner Seide, Crêpe Satin, ist 90x90 Zentimeter gross und natürlich in den Farben Rot/Blau/Weiss/Schwarz gehalten.



Talon

Ich bestelle: _____ Stück FDP-Foulard zu Fr. 50.-

Name: _____ Vorname: _____ 6/97

Adresse: _____ PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP der Schweiz, Werbeabteilung, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.

Informationspaket FDP

Mit dem «Informationspaket FDP» sind Sie bestens informiert. Sie erhalten einmal wöchentlich den Pressedienst der Partei, monatlich den «Freisinn» sowie viermal jährlich die «Politische Rundschau» zugestellt. Im Pressedienst finden Sie unter den Rubriken Aktuell, Wirtschaft, Session, Dokumentation usw. Wissenswertes, das insbesondere den Orts- oder Bezirkspräsidenten dienlich sein kann. Selbstverständlich erhalten Sie auch die offiziellen Communiqués der FDP der Schweiz. Die «Politische Rundschau» behandelt jeweils ausgewählte Themen ausführlich.

Wir wünschen Zustellung von

- «Informationspaket» FDP Fr. 150.- (Jahresabonnement)
- «Freie Schweizer Presseinformation» (Jahresabonnement)
- «Politische Rundschau» Fr. 20.- (Jahresabonnement)
- «Der Freisinn» Fr. 20.- (Jahresabonnement)

Name: _____ 6/97

Vorname: _____

Adresse: _____

Bitte einsenden an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, oder per Fax (031) 312 19 51.



Ein Rosenstrauss vom Chef.

Eine überzeugende Präsentation dank einem Office-Kurs von DIGICOMP.

Planen Sie heute den Erfolg von morgen. Mit der führenden Informatik-Schule in Ihrer Nähe.

Telefon 0844 844 822

Zürich Schlieren Basel
Bern Luzern Brugg
St. Gallen Rapperswil
Winterthur Lausanne
Genève Lugano

DIGICOMP[®]
COMPUTERSCHULE

LIBERALE INTERNATIONALE  Idee von Nationalrat Loeb wird umgesetzt

Eine «Hall of Freedom» auf dem Jungfrauojoch

Das Executive Committee der Liberalen Internationalen (LI) hat am 26. April 1997 an seiner Sitzung der Errichtung einer «Hall of Freedom» auf dem Jungfrauojoch zugestimmt. Die Idee dazu stammt vom Berner FDP-Nationalrat und Schatzmeister der LI, François Loeb.

GUS. Die Idee ist bestehend: Bei der höchsten Eisenbahnstation Europas (Jungfrauojoch, 3600 m ü. M.) soll eine Eiskaverne errichtet werden, welche «Hall of Freedom», Halle der Freiheit, getauft werden soll. Mit einem Fussgängertunnel wird die Eiskaverne direkt mit der Bergstation der Jungfrauojoch verbunden werden. Für Persönlichkeiten aller

ginnt 1848, der hohen Zeit der liberalen Revolution und der Bildung der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Mindestens hundert Kristalle sollen so placiert werden.

Regelmässige Ehrungen

Die Liberale Internationale wird so über eine Möglichkeit verfügen, herausragende Persönlichkeiten zu ehren, die ihre Arbeit und zum Teil auch ihr Leben der Freiheit widmeten. Die Placierung des Kristalls wird anlässlich einer Zeremonie vorgenommen, wenn möglich in Anwesenheit der geehrten Persönlichkeiten. Regelmässig werden Ehrungen auf dem «Top of Europe» stattfinden können.

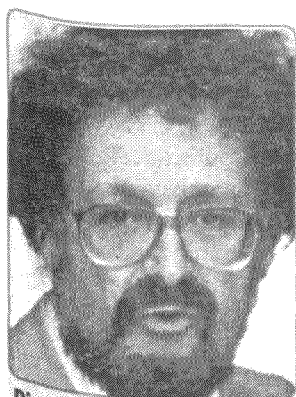
Die Eiskaverne des Jungfrauojochs wird jährlich von fast 500 000 Personen aus aller Welt besucht. Die Halle der Freiheit der LI wird so im bestehenden Rundgang integriert, dass alle Besucher auch diese Halle durchschreiten werden.

Eröffnung im Herbst 1998

Das Symbol des Eises bedeutet eine unfreundliche Umgebung, das Symbol des Kristalls eines für die Freiheit. Die geehrten Persönlichkeiten kämpften für die Freiheit in einer schwierigen Umgebung. Freiheit als



Eine erste Skizze, wie sich die «Hall of Freedom» auf dem Jungfrauojoch präsentieren könnte.



Die Idee zur «Hall of Freedom» stammt vom Berner FDP-Nationalrat und LI-Schatzmeister François Loeb. (Photo ruti)

Welt, welche für mehr Freiheit kämpften oder immer noch kämpfen, sollen Kristalle ausgestellt werden. Alle Kristalle – verschieden in Form und Grösse – werden einer dieser Persönlichkeiten gewidmet und mit einer Plakette versehen, welche den Namen, das Geburts- und das Todesdatum sowie das Herkunftsland erwähnt. Die Periode, welche abgedeckt werden soll, be-

grundsätzliches Symbol des Liberalismus wird im Zentrum dieser Aktivitäten der LI stehen.

Der Verwaltungsrat der Jungfrauojoch hat der Idee bereits zugestimmt

und übernimmt in verdankenswerter Weise das Graben der Eiskaverne. Die Arbeiten sollen nun zügig vorgehen, so dass die Einweihung der «Hall of Freedom» im Herbst 1998 an-

lässlich eines Meetings des Executive Committee der LI in Interlaken wird stattfinden können.

Was ist die Liberale Internationale (LI)?

MRS/GUS. Die Liberale Internationale (LI) ist ein weltweiter Zusammenschluss liberaler Parteien, Bewegungen und Politiker. Unter ihrem Dach soll der Gedankenaustausch und die Suche nach liberalen

Lösungen für die spezifischen Fragen unserer Zeit auch über Grenzen hinaus ermöglicht werden.

Gegründet wurde die Liberale Internationale 1947 auf Initiative belgischer, britischer und nor-

wegischer Liberaler in Oxford. Die Zahl der Mitglieder vergrösserte sich inzwischen auf über siebzig Parteien mit insgesamt mehr als drei Millionen Einzelmitgliedern, verteilt auf über fünfzig Länder.

FINANZIERUNG  Via Revision Nationalbankgesetz?

Solidarität mehrheitsfähig machen

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: die Begeisterung über die vom Bundesrat anlässlich seiner Stellungnahme zur «Schweiz und die jüngere Zeitgeschichte» vom 5. März vor der Vereinigten Bundesversammlung angekündigte Stiftung für Solidarität hält sich in Grenzen. Die Opposition stützt sich auf verschiedene Argumentationslinien ab.

FDP-STÄNDERÄTIN VRENI SPOERRY, HORGEN (ZH)

Zum ersten besteht eine weitverbreitete Wahrnehmung, dass diese Stiftung eine Reaktion auf das zurzeit heftig kritisierte Verhalten der Schweiz im Zweiten Weltkrieg darstelle. Ihr eigentliches Ziel sei, Schuld abzugelten. Zum zweiten fällt die Errichtung dieser Stiftung in eine Zeit, in welcher in der Schweiz für vieles, sogar bislang Selbstverständliches, das Geld fehlt. Die dritte und bis jetzt am heftigsten geäusserte Kritik richtet sich aber gegen die Finanzierung der Stiftung. Der Zugriff auf die bislang verfassungsmässig unantastbaren Goldreserven werde unkalkulierbare Auswirkungen auf die Stabilität der schweizerischen Geldpolitik haben, untergrabe das Vertrauen in den Schweizerfranken und beeinträchtige letztlich die Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank.

Ungesicherte Realisierung

Die Kumulation der verschiedenen Gegnerschaften lässt die Annahme der Stiftungsidee in einer Volksabstimmung als unsicher erscheinen. Das ist schade für die grundsätzlich gute Idee,

und es ist höchst problematisch mit Blick auf die internationalen Reaktionen. Das Umfeld der Ankündigung der Stiftung hat auch im Ausland für grossen Widerhall gesorgt. Die weitere Behandlung der Idee wird deshalb mit Aufmerksamkeit verfolgt. Ihr allfälliges Scheitern in einer Volksabstimmung würde entsprechend weltweit vermerkt und sicher nicht dazu beitragen, das Ansehen der Schweiz zu stärken.

Wir wollen solidarisch sein, weil wir es richtig finden und es deshalb auch gerne tun.

Ein Lösungsansatz in drei Punkten

Zum ersten soll das Solidaritätswerk im Jahre 1998 als Jubiläumsgabe geschaffen werden. Der 150igste Geburtstag der modernen Eidgenossenschaft bedeutet auch 150 Jahre Frieden auf unserem Territorium. Das ist ein wohl einmaliges Privileg einer Nation. Die Dankbarkeit für diese aussergewöhnliche Geschichte unseres Landes ist ein Solidaritätswerk als Geburtstagsgeschenk an Mitmenschen wert, die Übermässige zu erleiden haben.

Zum zweiten ist zu überlegen, ob das Geld, das wir als Solidaritätsgabe ausrichten wollen, zwingend aus einem Stiftungsvermö-



FDP-Ständerätin Vreni Spoerry: «Die Begeisterung über die vom Bundesrat anlässlich seiner Stellungnahme zur «Schweiz und die jüngere Zeitgeschichte» am 5. März vor der Vereinigten Bundesversammlung angekündigte Stiftung für Solidarität hält sich in Grenzen.» (Photo ruti)

gen stammen muss, das durch einen Zugriff auf die stillen Reserven in unserem Volksvermögen geschaffen wird. Zwar erscheint die Argumentation logisch und stichhaltig, dass der Entzug etwa eines Fünftels der marktbewerteten Goldreserven der Nationalbank keine echte Gefährdung schweizerischer Glaubwürdigkeit und Stabilität darstellt. Aber die Wirtschafts- und die Währungspolitik sind nun einmal keine exakten Wissenschaften. Das Vertrauen in sie wird stark beeinflusst durch emotionale Faktoren. Das Gold hat einen starken emotionalen Wert, und die Wahrnehmung einer Massnahme kann kaum rational gesteuert werden. Wie lässt sich beispielsweise die Befürchtung zerstreuen, mit der Finanzierung der Stiftung auf die vorgeschlagene Art erfolge ein Dammbruch? Die politische Disziplin werde nicht ausreichen, um wei-

tere Begehrlichkeiten gegenüber den Goldreserven unseres Landes konsequent und unwiderrufflich abzublocken, weshalb den Anfängen zu wehren sei?

Eine Möglichkeit zur Ausräumung dieser Bedenken könnte in der Revision des Nationalbankgesetzes gefunden werden, die der Bundesrat mit Datum vom 17. März 1997 vorgestellt hat und welche bereits in der Sondersession vom Nationalrat behandelt werden soll. Hauptziel dieser Revision ist, durch eine bessere Bewirtschaftung der Währungsreserven einen um etwa 400 Millionen Franken höheren Ertrag zu erzielen, der zugunsten der Kantone und des Bundes zusätzlich ausgeschüttet werden könnte. Dabei wird in erster Linie eine ertragsreichere Anlage der Devisenbestände angestrebt. Eine Aufwertung und ein Verkauf von Gold sind nicht vorgesehen, weshalb auch keine Verfassungsänderung notwendig wird. Wäre nicht zu überlegen, aus dieser Quelle Geld für das zukünftige Solidaritätswerk zur Verfügung zu stellen? Die Aussage, wonach die Solidaritätsstiftung à la Bundesrat niemanden etwas koste, lässt sich bei näherem Zusehen ohnehin nicht aufrechterhalten. Wie immer wir mit Reserven der Nationalbank bessere Erträge erzielen, gibt es dafür verschiedene Verwendungsmöglichkeiten. Gelder, mit denen wir ein Solidaritätswerk betreiben, gehen uns für andere Aufgaben ab, so oder so und in jedem Fall. Solidarität ohne

ZUM THEMA

Gelder, mit denen wir ein Solidaritätswerk betreiben, gehen uns für andere Aufgaben ab, so oder so und in jedem Fall.

Es ist für unser Land angemessen, im kommenden Jubiläumsjahr aus Anerkennung unserer privilegierten Situation im Kreise der Völkergemeinschaft und aus Dankbarkeit für die friedliche Geschichte unseres Landes ein Zeichen der Solidarität gegenüber Benachteiligten im In- und Ausland zu setzen.

jedes Opfer wäre ja auch eine seltsame Solidarität.

Schliesslich und als drittes wäre zu überlegen, ob man das neue Solidaritätswerk nicht befristet sollte, beispielsweise bis ins Jahr 2020. Sollte man nicht der nächsten Generation die Möglichkeit offenhalten, zu einem gegebenen Zeitpunkt, ohne aufwendige Aufhebung einer bestehenden Lösung mit einer fixierten Zweckbestimmung neu über die Verwendung der reservierten Mittel zu befinden?

Fazit

Es ist für unser Land angemessen, im kommenden Jubiläumsjahr aus Anerkennung unserer privilegierten Situation im Kreise der Völkergemeinschaft und aus Dankbarkeit für die friedliche Geschichte unseres Landes ein Zeichen der Solidarität gegenüber Benachteiligten im In- und Ausland zu setzen. Schaffen wir die Voraussetzungen, dass dies erfolgreich und mit einer breiten Unterstützung durch unsere Bürgerinnen und Bürger geschehen kann.

TAGUNG «ZUKUNFT DER BERUFSBILDUNG» Die Resultate

Berufsbildung aufwerten

Die FDP-Tagung zur Zukunft der Berufsbildung, welche am 3. Mai 1997 in Bern unter der Federführung von FDP-Nationalrätin Christiane Langenberger stattfand, hat Resultate in Form von drei Thesenbereichen hervorgebracht. Diese werden im folgenden präsentiert. Damit nimmt die FDP das Thema Bildungspolitik nach der ordentlichen Delegiertenversammlung von Locarno bereits zum zweitenmal auf.

Schätzungen zeigen, dass im Jahre 2010 sechzig Prozent aller Berufsbilder anders aussehen werden als heute. Bereits heute arbeiten mit 24 Jahren 31 Prozent aller aktiven Personen nicht mehr in ihrem ursprünglichen Beruf. Die Bildung, die beruflichen Fähigkeiten und das Know-how werden die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft grundlegend bestimmen. Das Fähigkeitskapital und die Zahl der qualifizierten Berufsleute werden mehr denn je prioritäre Bedeutung haben.

Vielleicht haben wir zu lange geglaubt, unser Bildungssystem sei unerreichbar. Heute müssen wir bescheidener werden. Alle

modernen Gesellschaften verstärken ihre Bemühungen im Bildungs- und im Weiterbildungsbereich. Unsere Bildungswege sind rasch den wirtschaftlichen und technologischen Veränderungen anzupassen, ohne dass wir uns in bildungspolitischen Modeströmungen verrennen. Wir müssen aufbauen auf den fruchtbaren bisherigen Massnahmen. Wir bevorzugen eine überlegte und dauerhafte Entwicklung, die zukunftsgerichtet und international ausgerichtet ist.

Wir müssen die Berufsbildung wieder aufwerten, die Ausbildungsmethoden auf die Entwicklung von Schlüsselqualifikationen richten. Bei alledem ist

die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungswegen zu gewährleisten. Unsere Jungen sind so auf die Unabhängigkeit, auf den Wettbewerb und auf herausragende Leistungen vorzubereiten.

Die duale (triale) Bildung bleibt der Königsweg für die Qualifikation unserer jungen Leute. Alle Arbeitgeber sind aufgerufen, Lehrstellen zur Verfügung zu stellen.

Thesen

1 ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG INTEGRIEREN UND KOORDINIEREN

Der Grundsatz einer ganzheitlichen Bildung im Sinne der Integration schulischer und beruflicher Bildung ist zu verwirklichen. Er ist bei den aktuellen (bevorstehenden) Reformen (u. a. Nachführen der Bundesverfassung, Umsetzung des Berufsbildungsberichts, Revision des Bildungsgesetzes) zu berücksichtigen. Schulische und berufliche Bildung verbinden. Schlüsselqualifikationen (u. a. Persönlichkeitsbildung, Sozialkompetenzen, methodische Fähigkeiten) aktiv und breit fördern.

2 FLEXIBILISIERUNG DER BERUFS- UND WEITERBILDUNG UND QUALITÄTSSICHERUNG

Die Berufs- und Weiterbildung ist konsequent zu flexibilisieren. Die Angebotsstruktur und die Qualitätssicherung sind zu optimieren. Flexible (Zeit-)Strukturen (Bildungsetappen, Stundenpläne) sind zu schaffen, die den veränderten Berufs- und Lebensbedingungen des Auszubil-

denden gerecht werden; dazu sind modulare Ausbildungssysteme und entsprechende Nachweisinstrumente zu fördern. Fachliche Kompetenzen, Grundfertigkeiten, Leistungen fordern und fördern. Qualität sichern, indem ein vereinheitlichtes, allgemein anerkanntes System geschaffen wird, das nationale und internationale Bildungsabschlüsse regelt. Einzubeziehen sind u. a. Kreditsysteme, Zertifikatsysteme, Diplomanerkenntnisse, Nachholbildungen. Qualität sichern durch eine breite angewandte Berufsbildungsforschung, die auch innovative Projekte Dritter einschliesst. Zugang zu neuen Kommunikationstechnologien für Schulen und Weiterbildungsinstitutionen erleichtern; inhaltlich neue Angebote schaffen. AdA-Zertifizierungssysteme (private und staatliche) für Auszubildende und Auszubildende ermöglichen. Qualität durch Wettbewerb und Leistungsorientierung fördern.

3 ERWEITERUNG DER KOMPETENZEN UND AUFGABEN DES BUNDES

Die heutige, unbefriedigende Struktur und Organisation der Berufs- und Weiterbildung ist im Rahmen eines gesamtheitlichen Bildungskonzeptes und durch eine neue Zuordnung der Aufgaben und Kompetenzen auf Bundesebene zu regeln. Gemeinsam ist ein Bildungskonzept durch die dafür zuständigen nationalen (EDI, EVD) und kantonalen (EDK) Instanzen zu erarbeiten. Alle Bildungsbereiche sind zu berück-

sichtigen und alle staatlichen und privaten Akteure sind zu beteiligen. Im Zuge der Reorganisation des EVD ist ein Bundesamt für Berufsbildung und Technologie zu schaffen, das alle Bereiche der Berufsbildung, d. h. auch jene im Gesundheits-, Fürsorge- und Landwirtschaftswesen einschliesst. Die Kantonalisierung der Berufsbildung oder von Teilen davon mittels Finanzausgleich ist abzulehnen. Massnahmen nach Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVIG) und Berufsbildungsgesetz (BBG) sind zu koordinieren.

Zukunft der Berufsbildung

JA, gerne erhalte ich die FDP-Thesen zur Berufsbildung, welche an der FDP-Bildungstagung in Bern formuliert wurden. Im Package enthalten sind auch die Referate, die an der Tagung gehalten wurden.

Name: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Diesen Talon bitte einsenden an FDP der Schweiz, Berufsbildung, Postfach 6136, 3001 Bern, oder faxen an: (031) 312 19 51.

FDP auf Internet

Besuchen Sie uns auf dem World-Wide-Web!

Unsere Adresse:
E-Mail: gs@fdp-prd.ch
www: <http://www.fdp.ch>

Energie ist fast alles . . .

Mit Energie hat beinahe alles zu tun, was Irene Aegerter im Laufe ihres bisherigen Lebens angepackt hat. Bemerkenswerte Ausnahme bildet ihr Amt als Kassierin der FDP-Frauen Schweiz, welches sie anlässlich der Generalversammlung 1997 abgeben wird. Bekannt ist die 57-jährige Physikerin als Vize-Direktorin des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE). Seit 1989 setzt sie sich in dieser Funktion für einen offenen Dialog in der Energiepolitik ein.



Irene Aegerter

Ausgestattet mit einem beeindruckenden Fachwis-

sen, lotet sie die Sichtweise von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft über die Entwicklung der Stromnachfrage und die Präferenzen der Strombeschaffungsmöglichkeiten aus. Ihre po-

litischen Erfahrungen sammelte sie bereits Ende der siebziger Jahre als Stadträtin (Legislative) von Bern. Dass ihr die speziellen Informationsbedürfnisse von Frauen in der Politik im allgemeinen und in der Energiepolitik im besonderen am Herzen liegen, hat sie als Mitbegründerin des Vereins «Frauen für Energie» und mit ihrem Engagement in den vergangenen zwei Jahren im Vorstand der FDP Frauen Schweiz bewiesen. ■

Freundschaftliche Bande

Zum Anlass ihres vierzigjährigen Bestehens hat die Vereinigung der FDP Frauen Genf in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Kulturzentrum eine ausserordentliche Tagung mit dem Thema «Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa» organisiert. Die Veranstaltung spielte sich in Form einer allgemeinen Debatte sowie von Gesprächen im Rahmen von Arbeitsgruppen, animiert von Mitarbeitern des Kulturzentrums, ab. Eine Diskussion über die Stellung der Frau in Europa rundete die Veranstaltung ab.

Folgende Schlüsse lassen sich aus der Tagung ziehen: Die aktuelle Bilanz der Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa ist

eher negativ. Unser Land droht sich seinem natürlichen und kulturellen Umfeld weiter zu entfernen. Viele der sogenannten typisch schweizerischen Charakteristiken wurden massgeblich vom Ausland her beeinflusst und mitgeprägt. Sie sollten daher kein ernstzunehmendes Hindernis für eine Integration bedeuten. Die Stellung der Frauen in Europa muss sicher überdenkt und verbessert werden. Eine Integration könnte jedoch Lösungen – über den Weg der europäischen Sozialpolitik – zu offenen Fragen bringen.

Die Teilnahme von über dreissig Frauen aus der Deutsch- und Westschweiz hat den Willen zur Öffnung und zum Dialog zwischen

den Bürgerinnen unseres Landes aufgezeigt. Die Tagung hat dauch dazu beigetragen, freundschaftliche Bande zwischen den einzelnen Regionen zu vertiefen und sprachliche Barrieren zu überwinden. ■

TAGUNG

Wer will keine Jugend ohne Drogen?

Samstag, 28. Juni 1997, Hotel Arte, Olten

PROGRAMM

- 9.30 Uhr Empfang, Kaffee mit Gipfeli
- 10.00 Uhr Begrüssung
- Referat:
Was ist eine Droge?
Dr. med. François van der Linde, Präventivmediziner des Kantons St. Gallen
- Referat:
Erfahrungen und Praxis im Umgang mit Drogen
Erläuterungen einer Drogenfachperson aus Deutschland
- 1. Podiumsdiskussion:
Ist der Kampf gegen die Droge aussichtslos?
François van der Linde, Regierungsvertreter
Dr. med. André Seidenberg, Leiter einer Therapiestation ehemaliger Drogenabhängiger
- Diskussionsleitung:
Franziska Frey-Wettstein, Kantonsrätin Zürich
- Lunch
- 12.45 Uhr Die Bundesrätliche Drogenpolitik und die Folgen bei einer Annahme der Initiative
Prof. Dr. Thomas Zeltner, Direktor Bundesamt für Gesundheitswesen
- 13.50 Uhr 2. Podiumsdiskussion:
Initiative «Jugend ohne Drogen»
Pro Initiative:
Jürg Scherrer, Nationalrat, FP
Sabina Geissbühler, Präsidentin Verein «Eltern gegen Drogen»
Kontra Initiative:
Dr. Stéphanie Mörkofer, Frau Landammann Kanton Aargau, FDP
Dr. iur. Luc Saner, Kantonsrat FDP, Basel-Stadt
- Diskussionsleitung: Christiane Langenberger, Nationalrätin FDP
- 15.30 Uhr Ende Tagung

Am 28. September 1997 wird die Schweizer Bevölkerung über die Volksinitiative «Jugend ohne Drogen» abstimmen. Die Tagung soll der Frage nachgehen, wieweit eine auf Abstinenz ausgerichtete Drogenpolitik illusorisch und dogmatisch ist. Laut Gegenkomitee, dem über 110 Parlamentarierinnen und Parlamentarier angehören, würde eine Annahme der Initiative die Schweiz um 20 Jahre zurückwerfen. Die Drogenpolitik des Bundes mit den vier Säulen Prävention, Therapie, Überlebenshilfe und Repression zeige den richtigen Weg in die Zukunft.

Anmeldetalon

JA, ich nehme an der Tagung vom 28. Juni 1997 teil.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Anmeldung bitte an: Ursula Stähli, Häsiweg 25, 5015 Erlinsbach.

FREISINN-WETTBEWERB  Die Gewinner

Das stand auf Seilers Spickzettel

Im letzten «Freisinn» haben wir Sie gefragt, was wohl auf dem Zettel des ehemaligen Pressechefs der FDP Schweiz, Markus Seiler, stehen möge. Hier die Gewinner-Sprüche.

GUS. In der Maiausgabe des «Freisinns» wurden Sie angesprochen mit der Frage, was denn wohl auf dem Spickzettel, den Markus Seiler in seiner neuen Funktion als Referent im Controlling-Stab von Bundesrat Kaspar Villiger mit sich trägt, stehen möge. Wieder haben uns Leserinnen und Leser in grosser Zahl geantwortet, die besten seien im folgenden prämiert.

Die zwei Hauptpreise, nämlich ein FDP-Portefeuille und ein FDP-Fou-

lard, gingen an Abraham Mützenberg in Frick für

«Hoffentlich geht mein Gesuch um einen zweiten Taschenrechner für das Controlling durch!»

und an Marcella Maier in St. Moritz für

«Wenn ich nur wüsste, für was so ein Controlling-Stab da ist.»

Auch andere Leserinnen und Leser haben originelle Vorschläge gemacht, die zwar ohne Preis ausgingen,

hier aber trotzdem veröffentlicht werden sollen.

«Die neusten Bingo-Zahlen des «Blicks»»

«Das Rezept für eine schuldenfreie Schweiz»

Und dann noch einer, der die alte und die neue «Frei-

sinn»-Redaktion trifft:

«Das ist ein Posten auf dem hohen Seil, pass auf, dass Du nicht schommelst!»

Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ganz herzlichen

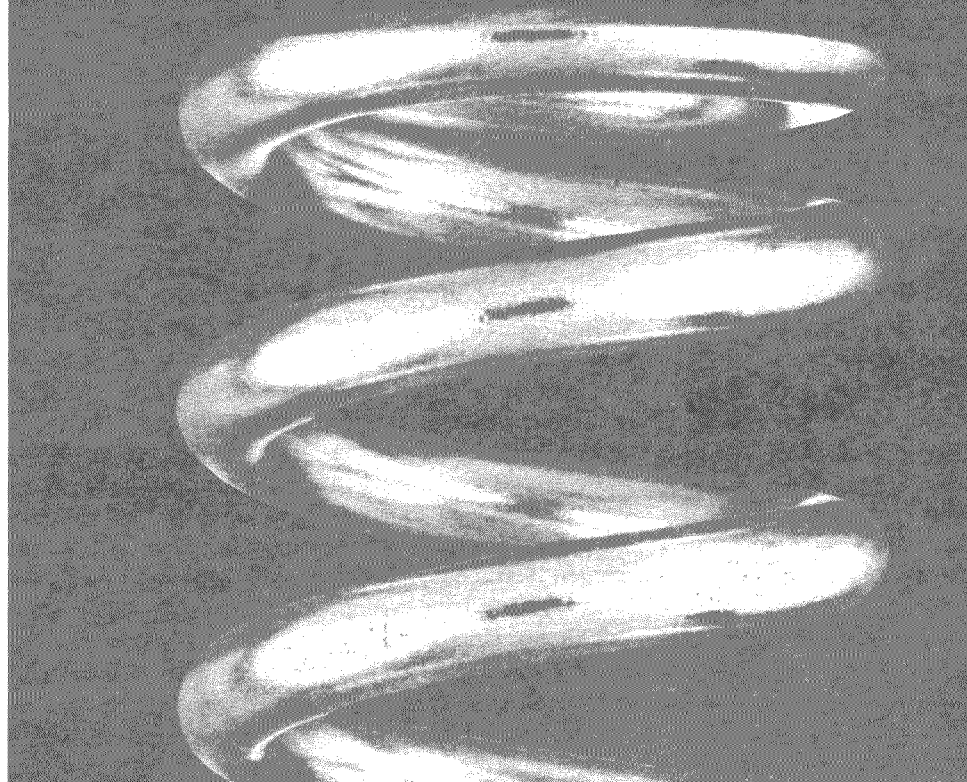
näher

Dank fürs Mitmachen, den Gewinnern herzliche Gratulation! Der nächste «Freisinn»-Wettbewerb folgt in der Ausgabe Juli/August! ■



Der ehemalige FDP-Pressechef Markus Seiler auf der Beraterbank im Parlament. (Photo Rieben)

FEDER FÜHREND



BAUMANN + CIE AG
Federnfabrik
CH-8630 Rüti

Tel. 055/286 81 11, Fax 055/286 85 11

STIFTUNG FÜR SOLIDARITÄT  *Gegenwind*

Geschäfte von allen Seiten beleuchten

Zum Beitrag von Guido Schommer, **Presseschef FDP Schweiz**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Pressesprecher der FDP ist offenbar der Meinung, FDP-Mitglieder seien relativ naiv und nicht fähig, selber zu urteilen. Anders kann man seinen Artikel über die Solidaritätsstiftung nicht interpretieren. Die Emotionen, die er den andern vorhält (die SVP interessiert hier gar nicht), bringt er selber überdeutlich zum Ausdruck; man könnte den Eindruck gewinnen, er sei der Vater der Stiftungs-idee.

Vorgehen inakzeptabel

Zeitpunkt und Rahmenbedingungen für die Vorstellung des Fonds hätten nicht

dümmere (oder perfider) gewählt werden können. Ein Zusammenhang mit der Holocaust-Debatte wurde damit direkt erzwungen – und ist bestimmt auch vorhanden. Was das Vorgehen besonders inakzeptabel macht: es wurde versucht, das Volk vor ein Fait accompli zu stellen, was die anschließenden Presseartikel auch (vermutlich ungewollt) bestätigt haben. Beispiel «Bund» (sinngemäss): «... die Ablehnung der Stiftung durch das Volk würde für die Schweiz einen ungeheuren Imageverlust bedeuten.» Frau Spoerry («Der Brük-



digung grosse Erwartungen geweckt, besonders im Ausland. Eine Ablehnung der Solidaritätsstiftung würde der Schweiz schaden. . . » Dar- aus geht klar hervor, dass eine Grundsatzdiskussion überhaupt nie geplant war. Es ist deshalb mehr als naiv, von einer «Verhinderung der Meinungsbildung zu sprechen»; um so mehr, als Kritiker von Anfang an quasi als schlechte Schweizer abqualifiziert wurden.

Zeitraum und Rahmen falsch festgelegt

Ein weiterer Aspekt, der den Fonds annehmbar ma-

chen soll: die Hälfte für das Ausland, die Hälfte für die Schweiz. Damit hat man die Assoziation geweckt: «die Hälfte für notleidende Schweizer». Dies wurde aber nie ausdrücklich erwähnt. So wie man unsere Hilfswerke und ihre sattsam bekannten Mitstreiter (z. B. die Kirche) kennt, würde auch die zweite Hälfte kaum prioritär für Schweizer eingesetzt, sind doch nach der Lesart dieser Kreise die Ausländer in der Schweiz die Ärmsten. Offensichtlich war die Überlegung (sofern so etwas überhaupt stattgefunden hat) bei den – immer mal wieder – nicht sehr fähigen Beratern des Bundesrates, als sie Zeitpunkt und Rahmen festlegten: Man wird doch den Bundesrat nicht desavouieren! Warum eigentlich nicht, wenn er derart unqualifiziert vorgeht?

Es würde dem Pressesprecher der FDP gut anstehen, derartige «Geschäfte» von allen Seiten zu beleuchten und nicht kritiklos die bundesrätliche Lesart zu übernehmen.

Walter Scheidegger, Köniz

Die «Vermeilisierung» der Diskussion

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Meili

Seit einigen Monaten nun schon beschäftigt uns die Frage der Holocaust-Gelder, der nachrichtenlosen Vermögen, der Solidaritätsstiftung, des Spezialfonds und wie die Dinge alle heissen. Neu kommen jetzt etwas spät, dafür um so massiver noch Sie, Herr Nachtwächter Meili, hinzu, tragischer Held einer Aktenvernichtungs-story damals im Januar bei der SBG.

Am Anfang stand ein gravierender Fehler eines SBG-Mitarbeiters. Die Akten, die vernichtet werden

sollten, waren zwar ohne besondere Bedeutung für die nachrichtenlosen Vermögen, trotzdem ist es nicht richtig, dass der Mann diese Unterlagen entgegen gesetzlichen Regelungen und entgegen internen Weisungen vernichten wollte. Und vor allem hatte er nicht mit Ihnen, Herr Meili, als einem Wächter gerechnet, der die Akten umgehend an eine jüdische Organisation weiterleiten würde. Sie wiederum hätten die Vernichtung der SBG zuerst melden sollen und nicht einer aussenstehenden Organisation. Im Umkreis des Shredder-Raumes wurden also von beiden Seiten Feh-

ler gemacht, darum ist es auch richtig, dass beiden ein gerichtliches Verfahren droht.

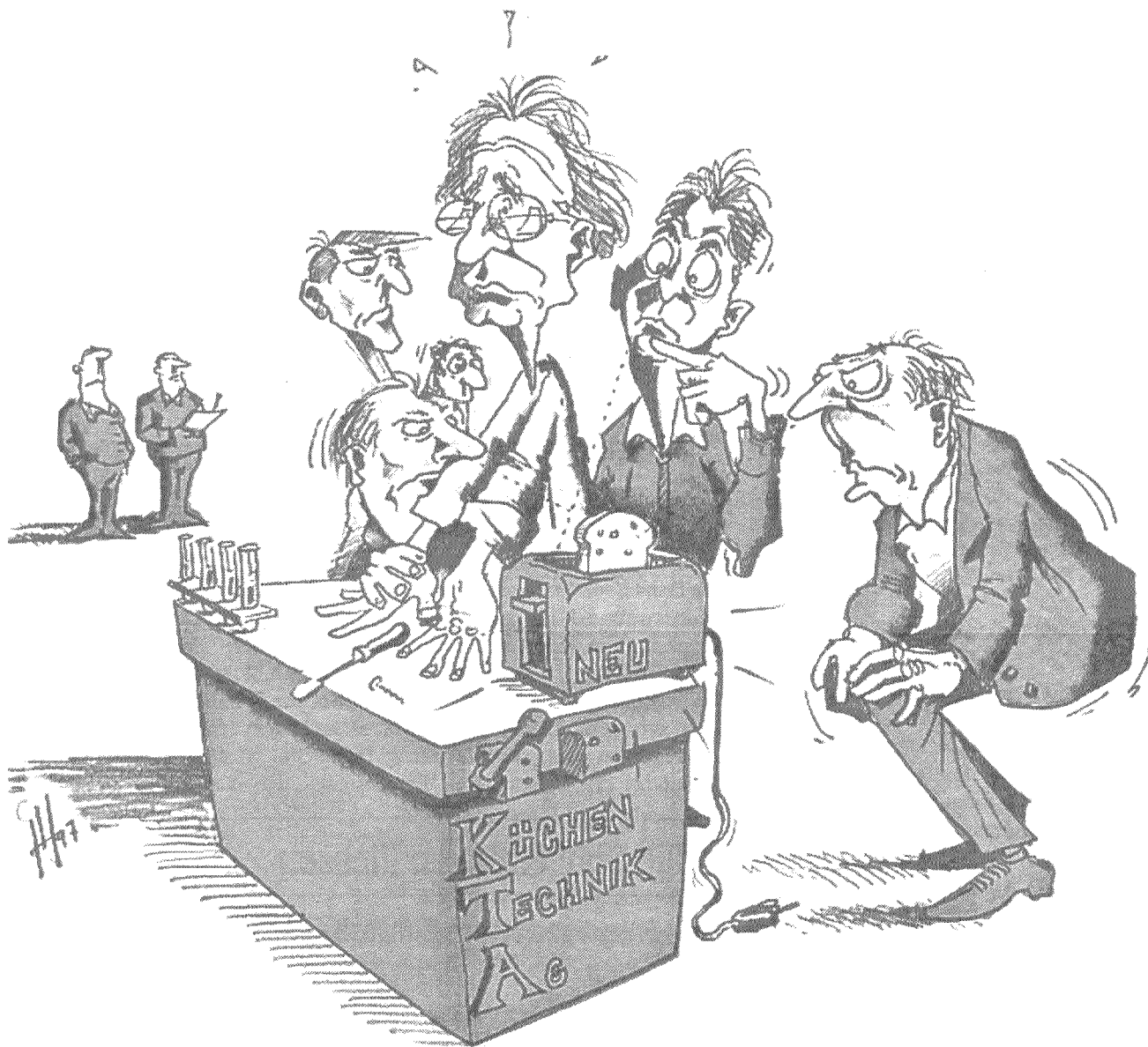
Was jetzt geschieht, ist nur noch als Farce zu bezeichnen. Sie, Herr Meili, wurden entlassen, bekamen auch nicht mehr rasch eine Stelle, wurden angefeindet und sind damit in eine Opferrolle gerutscht. Insofern ist es verständlich, dass Sie für sogenannte Hilfsangebote aus den Vereinigten Staaten empfänglich waren. Was Sie dabei vermutlich nicht gemerkt haben, ist der grandiose Missbrauch, der Ihnen und Ihrer Familie geschieht. Die selbsternannten Schweiz-Chefankläger

D'Amato und Anwalt Fagan tun nun so, als ob Sie ein Held wären, und präsentieren Sie auch so der Weltöffentlichkeit. Dies geht so weit, dass sich Fagan als Ihr Zügelmann ablichten lässt, dass Ihnen sofort politisches Asyl angeboten wurde und dass Sie eine Arbeitsbewilligung erhalten sollen. Dass ein an sich befreundeter Staat die Schweiz so behandelt, als wären Sie, Herr Meili, verfolgt worden, ist eine riesige Frechheit und zeigt nur auf, dass es hier um Profilierungsaktionen geht und keinesfalls um die Sorge um das Wohlergehen von Ihnen und Ihrer Familie.

Mich nähme dann nur noch wunder, was wohl in zehn Jahren aus Ihnen in

den Vereinigten Staaten geworden ist. Wahrscheinlich sind Sie dann längst zurückgekehrt, weil sich Ihre angeblichen Freunde aus dem Staub machten, sobald die Weltöffentlichkeit nicht mehr an einem tragischen Held interessiert ist. Herr Meili, sofern Sie dies lesen, machen Sie die Augen auf. Lassen Sie sich nicht missbrauchen von Leuten, die auf Ihre und auf die Kosten der Schweiz ihre Wiederwahlchancen beziehungsweise ihre Anwaltshonorare aufbessern wollen. Kommen Sie zurück!

Mit den besten Grüssen an Sie und Ihre Familie
Hans Moser, Bern



Die verwaltungsunabhängige Kommission bei der Bewertung der Friedensverträglichkeit technologischer Entwicklungen. Zu verhindern mit einem Nein zur Initiative «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr».

Karikatur Andreas Töns

Wirkung des Investitionsprogramms wird überschätzt

Die Sondersession war anberaumt worden, um der Schweiz wieder Voraussetzungen zu schaffen, die einen wirtschaftlichen Aufschwung ermöglichen sollten. In einem dreitägigen Hundertmeterlauf hat das Parlament die Aufgabe insgesamt gut bewältigt. Die Wirkung des Investitionsprogramms wird aber mehrheitlich überschätzt. Es soll wohl eher eine symbolische Wirkung entfalten. Viel eher ist die Unternehmenssteuerreform dazu geeignet, langfristig wichtige Signale zu setzen.

**GUIDO SCHOMMER,
PRESSECHIEF
FDP SCHWEIZ**



Die Schweiz ist auch sechs Jahre nach Beginn der Stagnation noch nicht aus der wirtschaftlichen Lethargie erwacht. Wachstum will sich nicht einstellen, die Arbeitslosigkeit stabilisiert sich auf – für schweizerische Verhältnisse – sehr hohem Niveau. Die Linke geht in ihrer Wirtschaftspolitik davon aus, dass Wachstum durch Staatsinterventionen ausgelöst werden soll. Wenn die Entwicklung der Ausgaben der Eidgenossenschaft dieser letzten sechs Jahre betrachtet wird, müsste die Schweiz nach dieser Logik florieren wie selten zuvor, haben doch die Staatsausgaben in dieser Zeit von rund dreissig auf über dreiundvierzig Milliarden Franken zugenommen.

Bildungspolitik der Freisinnigen überzeugt

Das Investitionsprogramm folgt – von der Idee her – dieser Logik, die staatliche Ausgaben auf Pump verlangt. Dass die Bundeskasse so leer ist wie die Tessiner Bäche dieses Frühjahr,

kümmert die Linke nicht. Sie wollte das Investitionsprogramm sogar noch aufstocken. Die FDP stemmte sich letztes Jahr gegen die Konjunkturspritze. CVP und SP zwangen sie uns auf, Schadensbegrenzung war angesagt. Diese ist in der Sondersession nicht schlecht gelungen.

Die wenig überzeugende Substanzerhaltung bei den bundeseigenen Bauten wurde auf Betreiben der Freisinnigen durch Bildungs- und Lehrstelleninvestitionen ersetzt. Vorausgegangen waren intensive Diskussionen zur Bildungspolitik in der FDP. Diese haben die erwünschte Wirkung jetzt entfalten können.

Wichtiger wäre Deblockierung der baureifen Vorhaben

Das Investitionsprogramm wird real nur eine beschränkte Wirkung entfalten. Er kann aber eine kleine Willenskundgebung der Politik sein, dass ihr das Wohlergehen der schweizerischen Wirtschaft nicht ganz egal ist. Insbesondere die Bauwirtschaft wird nicht unglücklich sein, dass sie einen Impuls erhält.

Viel wichtiger wäre jedoch eine Deblockierung der baureifen Infrastruk-

turvorhaben, die sich inzwischen auf eine Summe von über 15 Milliarden Franken (ohne Neat!) angestaut haben. Wegen kleinlicher Einsparungen und Rekurse und perfektionistischer Genehmigungsverfahren liegt dieses viel grössere Investitionsvolumen einfach brach.

Arbeitsplätze in die Schweiz holen

Die wichtigere Vorlage der Sondersession, die Revision der Unernehmensbesteuerung, konnte im wesentlichen nach den Vorstellungen der Freisinnigen durchgesetzt werden. Damit sind – gemeinsam mit

den Lockerungen in der Lex Friedrich – die Voraussetzungen verbessert worden, um ausländische Investoren und damit auch Arbeitsplätze in die Schweiz zu holen. Diese werden mittelfristig dazu beitragen, auch das Steuersubstrat für die Bundeskasse zu vergrössern. ■

Subventionen fließen munter weiter

Wf. Trotz Sparzwang: Die Bundesbeiträge fließen munter weiter. 1996 sind die Bundessubventionen erneut um rund 2 Milliarden Franken oder 9,3 Prozent auf 25 Milliarden Franken gestiegen. Wieder erhöhten sich im wesentlichen die Beiträge an die Soziale Wohlfahrt (15,4%), an die

Landwirtschaft (11,7%), an Kultur und Freizeit (65,7%) und an den Verkehr (3,7%). Gesenkt wurden dagegen die Beiträge im Bereich Bildung und Grundlagenforschung. Mehr Geld floss im Bereich Soziale Wohlfahrt in die Invalidenversicherung (rund 300 Millionen Franken) und Krankenver-

sicherung (rund 600 Millionen Franken). Stark zugenommen haben die Direktzahlungen in der Landwirtschaft (rund 500 Millionen Franken), ohne dass jedoch der Betrag für Preis- und Absatzsicherung wesentlich gesunken wäre. ■

Die Subventionen fließen

Erneut gestiegene Bundesbeiträge

Kultur

237 Mio. Fr. (+65,7%)

Beziehungen zum Ausland

1372 Mio. Fr. (+0,1%)

Bildung, Grundlagenforschung

1774 Mio. Fr. (-1,7%)

Landwirtschaft

3712 Mio. Fr. (+11,7%)

Verkehr

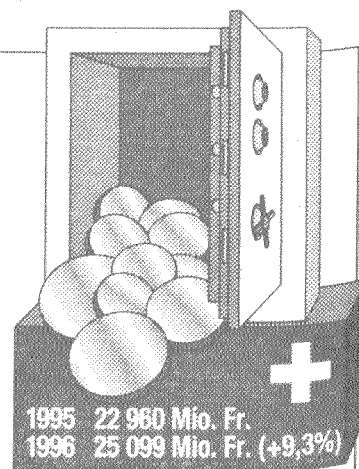
5879 Mio. Fr. (+3,7%)

Soziale Wohlfahrt

11 114 Mio. Fr. (+15,4%)

Übrige

1013 Mio. Fr. (-0,6%)



wf